Saar-Freund

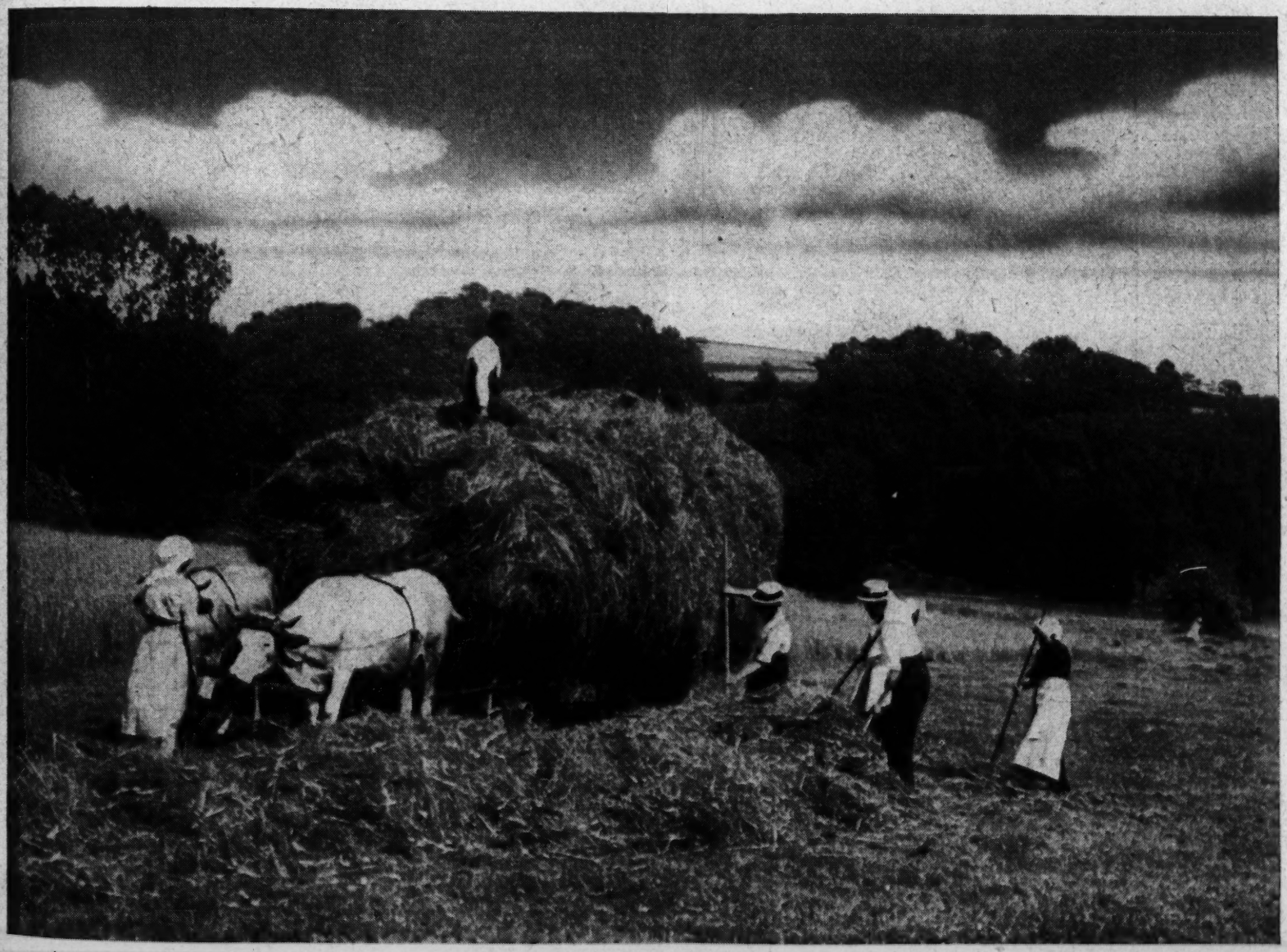
Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 17 · 11. Jahrgang

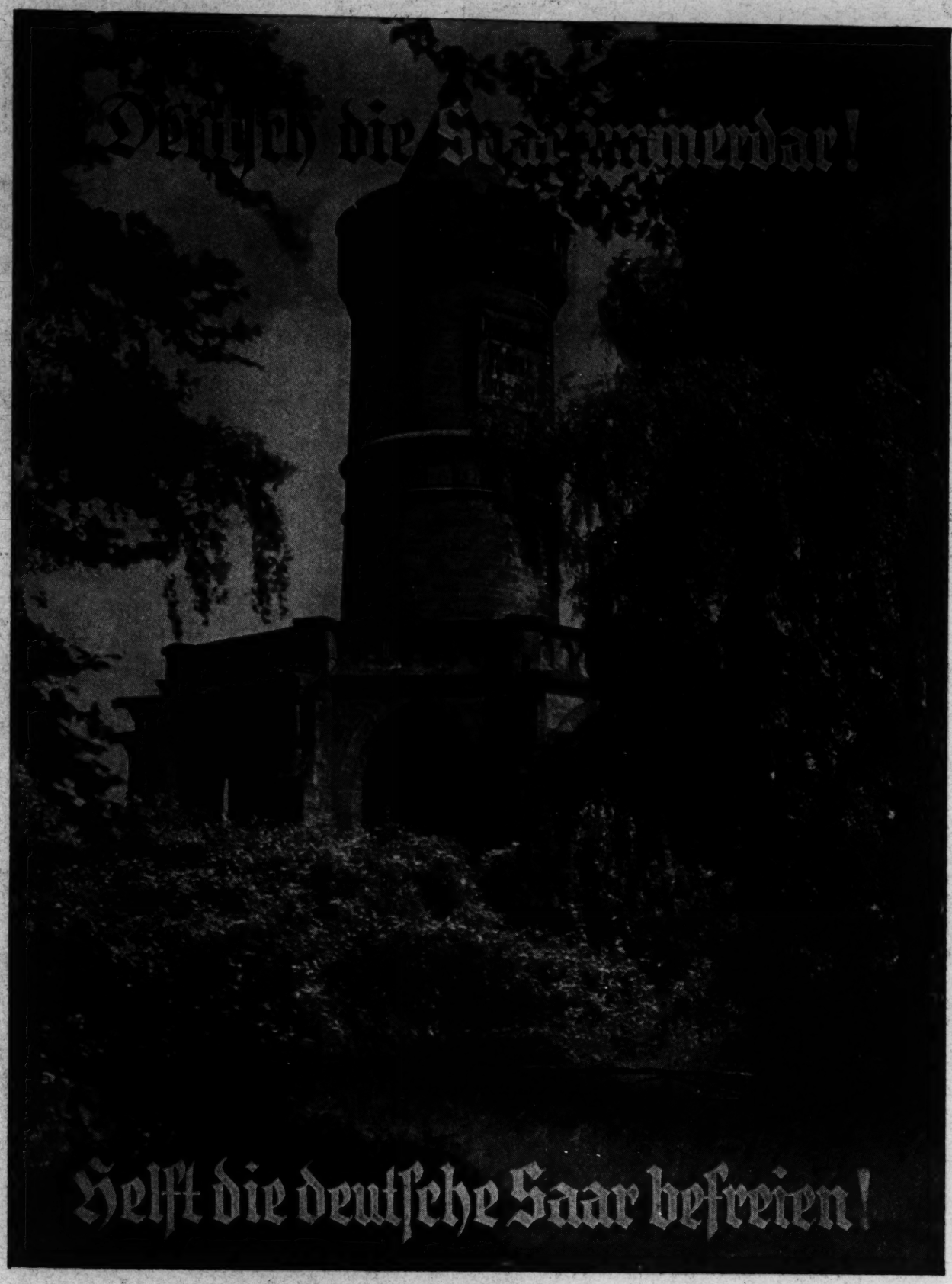
Berlin, den 1. September 1930

Sie wollen die Saar behalten!



Heuernte bei Bierbach (Saarpfalz). Phot. M. Wentz, Saarbrücken

„Man muß das ehrlich bestätigen: Die Saar ist deutsch geblieben ... Es ist leicht verständlich, daß die in Aussicht genommene Volksabstimmung einstimmig für Deutschland ausfallen wird ... Darauf müssen wir uns gefaßt machen und uns einstellen, um im Interesse des europäischen Friedens menschliche, logische und praktische Maßnahmen ins Auge zu fassen." Pariser „Soir".



28 ganzseitige
50 halbseitige wundervolle

Kupfertiefdruck-Bilder aus dem Saargebiet

150 Seiten stark

RM. 1.50

bestellen Sie noch heute

bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW. 11, Stresemannstraße 42

Jeder muß die Druckschrift lesen!

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 17 — 11. Jahrgang — Berlin, den 1. September 1930

Sie wollen die Saar behalten!

Von Richard Posselt.

„Man muß das ehrlich bestätigen: Die Saar ist deutsch geblieben ... Es ist leicht verständlich, daß die in Aussicht genommene Volksabstimmung einstimmig für Deutschland ausfallen wird ... Darauf müssen wir uns gefaßt machen und uns einstellen, um im Interesse des europäischen Friedens menschliche, logische und praktische Maßnahmen ins Auge zu fassen."

So schrieb unmittelbar nach dem Abbruch der Pariser Verhandlungen der Pariser „Soir". Poincaré aber und sein immer aktiver hervortretender Anhang bis weit über die Mitte nach links hinaus wollen von dieser feststehenden Tatsache, wollen von einer rechtlichen Voraussetzung des europäischen Friedens nichts wissen. Sie halten es mit den Ausführungen des „Figaro", die dieser im Dezember v. J. machte, als er sich mit den Saarverhandlungen beschäftigte und Briand angriff, weil er eingewilligt hatte, in deutsch-französische Saarrückgliederungsverhandlungen einzutreten.

„Wir wollen die Saar behalten", so schrieb er damals und setzte bezeichnend hinzu, „unsere Lage wird bald wieder gerettet sein, **wenn wir Geschäftsinteressen und Gewissen zu beruhigen verstehen."**

Wenn man das in Frankreich schreiben mußte, dann kann man daraus nur folgern, daß man dort wegen der Saarfrage nicht ein ganz ruhiges Gewissen hatte. Es war von Poincarè bestimmt nicht geschickt, als er vor wenigen Wochen in einem Artikel auch zur Saarfrage Stellung nahm und dabei den Geist Clemenceaus beschwor, um dessen „150 000 Saarfranzosen" aufmarschieren zu lassen, die nach Clemenceaus damaliger Behauptung in Versailles an Poincaré eine Adresse gerichtet hätten, mit dem Wunsch, Frankreich eingegliedert zu werden. Poincaré behauptet: „Wilson und Lloyd Georges haben sich bei den Versailler Friedensverhandlungen nicht um die Wünsche der Saarbevölkerung gekümmert, die zum großen Teil für immer an Frankreich angegliedert sein wollten."

Wir möchten öffentlich die Frage erheben, ob Poincaré gewillt und in der Lage ist, auch nur den Schatten einer Unterlage dafür beizubringen, daß ein solcher Wunsch von einem „großen Teil" der Saarbevölkerung zum Ausdruck gekommen ist. Insofern treffen jedoch die Bemerkungen Poincarés über die nicht berücksichtigten Wünsche der Bevölkerung zu, wenn man jene Eingabe heranzieht, die die Saarbrücker Bürgerschaft im Dezember 1918 an Wilson gelangen ließ und in der es, bedeutungsvoll für alle Zeiten, u. a. heißt:

„Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben. ... Wir bitten den Herrn Präsidenten und alle, die einen Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung herbeiführen wollen, nicht zu dulden, daß wir von Deutschland losgerissen werden."

Wagt Poincaré zu behaupten, daß diese Kundgebung nicht der einmütigen Ueberzeugung und Willensmeinung der Bevölkerung entsprach und heute noch entspricht? Es ist bedauerlich, daß solche bewußten Lügen, wie sie in der oben erwähnten Erklärung von dem einstigen französischen Staats- und mehrfachen Ministerpräsidenten und dem eigentlichen Urheber des Weltkrieges, ausgesprochen werden, in der deutschen Oeffentlichkeit und auch von seiten der zuständigen deutschen Stellen nicht die entschiedene Zurückweisung erfahren, die erforderlich ist, um nicht im Ausland neue Verwirrungen anzurichten. Sie sind jedenfalls geeignet, die französische Saarthese im Ausland neu zu beleben und die Wahrheit über die Saarfrage und ihre Versailler Entstehung zu verdunkeln. Dieses Schweigen in Deutschland und die umso größere Aktivität der französischen Presse und Politiker in der Vertretung der französischen Saarinteressen wirkt sich mehr und mehr zuungunsten Deutschlands aus. Geht doch die französische Beeinflussung der Oeffentlichkeit heute schon so weit, daß man nicht nur in Frankreich die Auffassung verbreitet, Deutschland habe versucht, die Saarabstimmung zu verhindern!

Ist man sich in Deutschland überall klar darüber, welche Gefahren sich daraus für uns ergeben müssen? Ist man sich dessen bewußt, daß die zu starke deutsche Zurückhaltung in der öffentlichen Vertretung des deutschen Saarverlangens und in der Klarlegung des deutschen Standpunktes, daß das zu weit gehende Eingehen der deutschen Saardelegation auf die These von der „Unterbrechung der Saar-Verhandlungen" der französischen Propaganda und Diplomatie willkommene Gelegenheit gaben, Deutschland in der öffentlichen Behandlung der Saarfrage restlos in den Hintergrund zu drängen? Wo merken wir etwas von einer deutschen Gegenarbeit gegen die französische Saarpolitik, wo auch nur den leisesten Versuch unserer Saar-Referate, Klarheit zu verbreiten und die Rechtslage nicht nur nach den Versailler Bestimmungen, sondern auch nach der Reparationsregelung festzustellen? Hält man in den Kreisen der deutschen Saar-Delegation noch immer daran fest, daß die am 4. Juli abgebrochenen deutsch-französischen Saarverhandlungen im Oktober wieder aufgenommen werden?

Es denkt niemand daran, an eine solche Möglichkeit zu glauben; es ist auch von keiner deutschen Stelle der Versuch gemacht worden, die Wiederaufnahme dieser gescheiterten Saarverhandlungen anzuregen. Deutschland hat an solchen Verhandlungen nicht mehr das geringste Interesse, da — wenn sie wirklich mit Erfolg wieder aufgenommen würden — eine Rückgliederung des Saargebiets nicht vor Ausgang des Jahres 1931 erfolgen könnte. Und dafür verlangt Frankreich von Deutschland Opfer, die nicht nur gewaltige

finanzielle Belastungen bedeuten, sondern die zoll- und wirtschaftspolitischen Grenzen an der Saar zum Schaden der deutschen Staatshoheit und klarer deutscher Grenzpolitik verwischen.

Tatsache ist doch, daß die deutsch-französischen Saarverhandlungen gescheitert sind, weil Frankreich trotz des viel zu weit gehenden deutschen Angebots an Deutschland entwürdigende Forderungen stellte, Forderungen, die das Saargebiet zum dauernden französischen Ausbeutungsobjekt gemacht hätten. Frankreich will das Saargebiet behalten, weil die Saar Ziel französischer Kriegspolitik war. Wir sollten uns in Deutschland endlich dazu verstehen, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind und nicht, wie wir sie gern sehen möchten. Noch besser wäre es gewesen, wenn unsere Saardelegation diese Dinge 3 bis 4 Monate vor dem Abbruch so gesehen hätte.

Wir wissen jedenfalls, daß der deutsche Außenminister nicht mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen in absehbarer Zeit rechnet, sie auch auf der bisherigen Verhandlungsbasis nicht wieder aufnehmen lassen wird. Wir wissen aber auch, daß er weder Briand noch den übrigen Völkerbundsmächten auch nur den leisesten Zweifel darüber lassen wird, wie wenig man in Deutschland für diese Art „Verständigungspolitik" Verständnis aufzubringen vermag. Die Saarfrage ist nicht eine Angelegenheit, die ihre Beurteilung und Lösung lediglich nach dem Buchstaben des Versailler Diktats, sondern nach dem Geiste des Völkerbundstatuts und nach der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Europa finden muß.

Nach der Entwicklung dieser Verhältnisse ist kein Raum mehr für Annexionsziele, wie sie von gewissen lothringischen Grubenmagnaten und ihren Drahtpuppen in der Saarbrücker französischen Bergwerksdirektion noch immer unentwegt verfolgt werden. Deren Absichten gehen nach wie vor darauf aus, sich auf dem Wege der Warndtpachtverträge und des französischen Kohleninteresses an der Saar wirtschaftlich einzunisten und durch gewisse territoriale „Grenzberichtigungen" und Grubenbeteiligung einen beherrschenden Einfluß auf die künftige Saarkohlen- und -Wirtschaftspolitik zu sichern. Gerade die Erfahrungen, die diese Kreise in den letzten zehn Jahren des Grubenbesitzes an der Saar gesammelt haben, lassen ihnen das Ziel einer dauernden Festsetzung im Saargebiet umso erstrebenswerter erscheinen. Um die Bevölkerung, ihre eindeutige politische Einstellung und um ihre wirtschaftlichen Interessen kümmern sich diese Kreise nicht im geringsten. Die bezahlten Agenten Frankreichs in der französischen Presse versuchen zwar seit Monaten, die These zu propagieren, daß mit einer Rückgliederung des Saargebiets nach Deutschland sich für die Saarwirtschaft Erschütterungen ergeben müßten, die die allerbedenklichsten Auswirkungen für die fernere wirtschaftliche Entwicklung des Saargebiets erwarten ließen.

In Frankreich hat man sich bisher jedoch aufs ängstlichste gehütet, die Frage zu beantworten, **welche Auswirkungen sich für die Saarwirtschaft ergeben müßten, wenn das Saargebiet dauernd Frankreich angegliedert und damit die deutsch-saarländische Zollgrenze geschlossen würde.**

Als im Januar 1925 diese Zollgrenze in Kraft trat, gab es, was man heute nicht mehr wahrhaben möchte, innerhalb der französischen Wirtschaft eine Revolution, weil man sich mit allen Mitteln gegen die Einfuhr der saarländischen Produktion der Eisen-, Keram-, Glasindustrie usw. wehrte. **Die saarländische Industrie und Wirtschaft müßte in dem Augenblick zum Erliegen kommen, wo das Saargebiet allein auf den französischen Inlandmarkt angewiesen wäre.** Die verhältnismäßig günstige Wirtschaftsentwicklung, die das Saargebiet genommen hat, ist, das weiß man auch in Frankreich ganz genau, nur darauf zurückzuführen, daß Deutschland durch umfassende Zollstundungen bis zum Abschluß des deutsch-französischen Saarzollabkommens die Einfuhr aus dem Saargebiet zollfrei gestattete und nach dem Abschluß des Abkommens für die Einfuhr aus dem Saargebiet die deutsch-saarländische Zollgrenze als nicht bestehend betrachtet. Diese Frage hat man in allen französischen Presseerörterungen bisher nicht angeschnitten. Man hat vielmehr den jetzigen zollpolitischen Zustand gewissermaßen als gegeben angenommen, um der Saarbevölkerung einzureden, daß sich daran auch nichts änderte, wenn das jetzt herrschende Regime an der Saar bestehen bliebe oder die Angliederung des Saargebiets an Frankreich erfolgte. Die Wahrheit und Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Darüber weiß man in saarländischen Wirtschaftskreisen übrigens sehr genau Bescheid.

Auch in Frankreich gibt es Kreise, die sich über die Saarfrage keinen blauen Dunst vormachen lassen. So äußerte sich am 25. August die Pariser „Volontée", die seinerzeit bei dem Konflikt zwischen der radikal-sozialen Partei und dem Kabinett in das Tardieusche Lager abgeschwenkt war, sehr eindeutig und sachlich über den Schwindel von der „Reichsmüdigkeit der Saarbevölkerung" und den „berechtigten französischen Ansprüchen auf das strittige Gebiet".

Das Blatt erklärte u. a.:

Man mache die öffentliche Meinung scheu, wenn man immer wieder an die sogenannten Rechte Frankreichs im Saargebiet appelliere. Diese Rechte bestünden in der Möglichkeit, so vorteilhaft wie möglich, und zwar vor 1935, über den Besitz der Saargruben zu verhandeln. Der Versailler Vertrag sei in diesem Punkte einmal durchaus klar. Frankreich sei danach nur das zeitlich befristete Eigentum an den Saargruben zugestanden worden mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß, wenn die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfalle, Deutschland ein Recht auf den Rückkauf habe. **Wenn man schreibe, daß die Saarbevölkerung deutschlandfeindlich sei, dann gebe man sich größten Illusionen hin und bereite sich selbst ein peinliches Erwachen. Ein Aufenthalt im Saargebiet kann jeden unvoreingenommenen Franzosen innerhalb weniger Tage davon überzeugen, daß die Bevölkerung mit ihrer erdrückenden Mehrheit für die Wiedervereinigung mit dem Reiche sei. Die gegenteilige Behauptung sei eine gefährliche Selbsttäuschung, oder aber eine zu durchsichtigen Zwecken verbreitete Erfindung.**

Die Würfel seien bereits gefallen, Klugheit und Umsicht rieten, dem bereits jetzt Rechnung zu tragen. Wenn die Volksabstimmung für Deutschland günstig ausgehe, könne der Völkerbund nichts anderes tun, als das Saargebiet an Deutschland zurückgeben. Frankreich habe deshalb allen Grund, sich vor dem Ablauf des im Friedensvertrag festgesetzten Termins mit Deutschland im Wege der freien Vereinbarung über die Regelung der Grubenfrage und der anderen mit der Wiedereinverleibung des Gebiets in das Reich zusammenhängenden wirtschaftlichen Probleme zu einigen. Tue es dies nicht, dann riskiere man, daß die Regelung all dieser Fragen gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages dem Völkerbund vorbehalten bleibe. Da dieser mit einfacher Stimmenmehrheit entscheide, laufe Frankreich Gefahr, daß dabei auch seine berechtigten Interessen und Ansprüche, die Deutschland im Falle einer direkten Verständigung anzuerkennen bereit sei, zu kurz kämen.

Wir glauben nicht, daß die Genfer Aussprache, die zweifellos zwischen Curtius und Briand erfolgen und auch die Saarfrage berühren müßte, eine Wiederankurbelung der deutsch-französischen Saarverhandlungen nach sich ziehen wird. Das Interesse Deutschlands an einer vorzeitigen Rückgliederung des Saargebiets mit neuen deutschen Opfern ist, nachdem die Saargebietsbevölkerung in mehrfachen Erklärungen und Kundgebungen hierzu eindeutig ihre Stellungnahme bekannt gegeben hat, nicht groß genug, als daß man dafür

erneut ein sechsmonatiges fruchtloses Verhandeln riskieren würde. Jetzt liegt es bei Frankreich, Deutschland Vorschläge zu unterbreiten, die sich aber frei zu halten hätten von jenen überheblichen Forderungen, auf die sich keine deutsche Regierung, ob links oder rechts, eingehen könnte.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Frage der Volksbefragung. In der französischen Oeffentlichkeit und selbst in den französischen Parlamenten ist es immer so dargestellt worden, als ob Deutschland die Einleitung von Rückgliederungsverhandlungen davon abhängig gemacht hätte, daß Frankreich auf eine Saarabstimmung verzichte. In der französischen Presse ist behauptet worden, dieses deutsche Verlangen sei aus der Befürchtung heraus erfolgt, die Abstimmung könnte ein Ergebnis haben, daß mindestens ein Teil des Saargebiets der Abtrennung von Deutschland verfiele. Es muß endlich einmal festgestellt werden, und wir hätten gewünscht, daß das schon längst von zuständiger deutscher Seite erfolgt wäre, daß Deutschland zu keiner Zeit ein Verlangen auf Verzicht der Saarabstimmung gestellt hat. Ein solches Verlangen ist auch nicht zu erwarten. Wenn man in Deutschland und im Saargebiet zunächst der Auffassung gewesen ist, daß die Festsetzung einer Volksabstimmung an der Saar eine Beleidigung für die Bevölkerung darstellt, weil über deren deutsche Gesinnung und ihre hundertprozentige Zuneigung zu Deutschland nicht der leiseste Zweifel bestehen kann, so hat die verlogene Propaganda Frankreichs es jetzt zur Ehrenpflicht des Saargebiets gemacht, mit dem Stimmzettel in der Hand Frankreich und der Welt zu zeigen, wohin ihr Herz schlägt. Das hat in diesen Tagen der stets kampferprobte „Saarbergknappe", das Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet, in einem beachtenswerten Artikel „Dem Recht die Ehre" ausgesprochen, wenn er schrieb:

Niemals kann die frühere Rückgliederung erfolgen unter Bedingungen und Opfern, die mit unserer nationalen Ehre unvereinbar, für uns untragbar und verletzend, aber auch der endlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hinderlich und dem Frieden gefährlich wären. Es handelt sich eben um die Beseitigung — und zwar die restlose — eines ungeheuren nationalen Unrechtes, das uns widerfahren ist. Diesem Primat hat sich alles unterzuordnen. Gibt man uns wieder das zustehende Recht, dann ist der Weg frei zur wirtschaftlichen Verständigung, dann kann notwendiger Güteraustausch vorgenommen werden gemäß den Bedürfnissen der beiden Nachbarn. Wir sind ja beiderseits auf die beiderseitigen Güter angewiesen, weshalb es nicht schwer sein kann, den nötigen Güteraustausch vorzunehmen, wenn das nationale Unrecht seine Beseitigung erfahren hat. Schafft man diese Grundlage, dann fahren beide Länder gut, die Verständigung kann werden und die Befriedung Europas wachsen. Will man das nicht, dann gut; wir müssen dann halt bis 1935 warten, um mit dem Stimmzettel vor aller Welt die einzig mögliche deutsche Entscheidung zu treffen. Jedenfalls werden wir nie damit einverstanden sein, um kleinlicher Schachergeschäfte willen unser nationales Erstgeburtsrecht zu verkaufen. Unsere starke Waffe ist unser gutes Recht, und das muß und wird zur vollen Ehre gelangen. Das gebietet die Zukunft unseres Gebietes und Volkes, das gebietet aber auch das ehrliche Streben nach einer Versöhnung der beiden Nachbarländer Deutschland und Frankreich.

Das sollte man endlich auch in Frankreich beachten. Die Bergarbeiterschaft des Saargebiets hat vom ersten Tage der Fremdherrschaft an der Saar ihre Lasten und ihren Terror tragen müssen. Sie hat aber auch vom ersten Tage an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich mit allen Kräften gegen das französische Annexions-Begehren auflehnen werde. Was von den Saarbergknappen gilt, gilt in gleicher Weise von der übrigen saardeutschen Arbeiterschaft, die vier Fünftel der Bevölkerung ausmacht. Wir glauben nicht, daß die Franzosen sich ernstlich der Hoffnung hingeben, bei dem restlichen einen Fünftel der Bevölkerung eine andere Auffassung und einen anderen Willen anzutreffen. Das Saargebiet hat in seiner tausendjährigen Geschichte bewiesen, daß es in Not und Tod treu zum deutschen Volkstum und zum deutschen Vaterland steht. Es wird diesen Beweis am Tage der Saarabstimmung erneut erbringen.

Sie wollen die Saar — sie haben sie nie besessen, sie werden sie nie besitzen, denn

uns ist die Saar!

Deutschland verlangt Beseitigung des Bahnschutzes

Die bevorstehende Tagung des Völkerbundes wird sich auch wieder mit der Saarfrage zu beschäftigen haben. Neben den üblichen Vierteljahrsberichten der Regierungskommission, die nur immer das enthalten, was den französischen saarpolitischen Interessen dient, liegt dem Völkerbund auch ein Bericht der Saarregierung über den Saarbahnschutz vor. In diesem Bericht wird der bereits bekannte Beschluß der Saarregierung mitgteilt, den Saarbahnschutz von 600 auf 250 Köpfe zu verringern. **Die Saarregierung glaubt, mit diesem Beschluß der Tatsache Rechnung getragen zu haben, daß seit dem 1. Juli die Rheinlandbesatzung zurückgezogen ist.** Sie bringt Beschluß und Auffassung dem Völkerbund mit dem Anheimgeben zur Kenntnis, von sich aus weiteres zu beschließen.

Der Beschluß der Saarregierung in der Bahnschutzfrage kennzeichnet den Geist, der in ihr nach wie vor obwaltet. Die Frage der fremden Besatzung an der Saar beherrscht die Saarfrage, solange sie praktisch besteht, d. h. solange die Saarregierung ihre Funktionen ausübt. Nach dem Saarstatut darf im Saargebiet „kein Militärdienst stattfinden, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger" (§ 30). Ungeachtet dieser eindeutigen Bestimmung hat bis zum Jahre 1927 eine französische Saarbesatzung bestanden, die vorübergehend bis 50 000 Mann umfaßte. Die Regierungskommission unter dem beherrschenden Einfluß Frankreichs hat also über 6 Jahre einen vertragswidrigen Zustand herbeigeführt und der Völkerbund hat ihn bedenkenlos geduldet. Erst mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kam die Saarbesatzungsfrage in Genf in Fluß. Wie beherrschend der Einfluß Frankreichs im Völkerbund war — und noch ist — erweist die Tatsache, daß trotz aller entgegenstehenden Vertragsbestimmungen der Völkerbundsrat sich nicht zu einer restlosen Zurückziehung der Besatzung zu entscheiden vermochte, sondern sich auf ein Kompromiß einigte, dem auch der deutsche Vertreter notgedrungen zustimmte, weil es sonst zu keiner Entscheidung gekommen und alles beim alten geblieben wäre.

Dieses Kompromiß ging von der Behauptung aus, daß die strategischen Verbindungslinien für die Rheinlandbesatzung durch das Saargebiet führen und deren Sicherheit gefährdet erschienen, wenn diese Bahnlinien nicht unter einem zuverlässigen Schutz ständen. Man stellte deshalb einen „internationalen Bahnschutz" auf, der aus Franzosen, Engländern und Belgiern bestehen und durch eine entsprechende Uniform sich als internationale Truppe von den Besatzungstruppen unterscheiden sollte. In Wirklichkeit vollzog sich die Aufstellung dieses „internationalen Bahnschutzes" so, daß man von dem bis dahin im Saargebiet garnisonierenden franz. Inf. Regiment Nr. 153 zwei Bataillone nach Forbach — also unmittelbar hinter die Saargrenze — verlegte und das im Saargebiet verbleibende dritte Bataillon des gleichen Regiments durch 120 Mann Engländer und 80 Belgier „internationalisierte". Als die Engländer die Wiesbadener Zone räumten, wurde auch das englische Besatzungskontingent aus dem Saargebiet herausgezogen.

Dieser „internationale Bahnschutz" hat also nie aufgehört, französische bzw. englische und belgische Besatzung zu sein; das Saar-Bataillon des franz. Inf. Regts. 153 unterstand unmittelbar dem Regimentskommandeur in Forbach, von wo es seine Befehle hinsichtlich Ausbildung usw., von wo es auch seine Verpflegung erhielt und weiter erhält. Von einer besonderen Uniform ist nie die Rede gewesen, selbst die vom Völkerbund verlangte Armbinde, die die Angehörigen dieser Truppe als „internationale Schutz-

truppe" charakterisieren sollte, ist niemals von der Saarbesatzung getragen worden.

Das ist die Geschichte und das Wesen des sogen. Saarbahnschutzes, der, wie schon gesagt, in den Saarbestimmungen keine Stütze findet. Der damalige Völkerbundsbeschluß setzte ausdrücklich fest, daß diese „Bahnschutztruppe" — die niemals Gelegenheit fand, bestimmungsgemäß sich zu betätigen — nur in Verbindung mit der Rheinlandbesatzung existenzberechtigt sei. Trotzdem wagt die Saarregierung dem Völkerbund vorzuschlagen, diese vertragswidrige Einrichtung — wenn auch vermindert — bestehen zu lassen.

Wir glauben dahin unterrichtet zu sein, daß der deutsche Außenminister Dr. Curtius, der die deutsche Völkerbundsdelegation führen wird, mit aller Entschiedenheit die sofortige Auflösung des Saarbahnschutzes und die endliche Schaffung vertragsmäßiger Zustände im Völkerbundsland an der Saar beantragen wird.

Man muß erwarten, daß der Völkerbund diesem Antrag zustimmt und die restlose Zurückziehung des Saarbahnschutzes anordnet.

Angst aber keine Besserung!

Unfreiwillige Anerkennung unseres vaterländischen Werks aus französischem Munde. Man beobachtet uns und schimpft!

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin.

Während ganz Deutschland noch unter dem überwältigenden Eindruck der Trierer Saartagung stand, weil jedes deutsche Herz höher schlug, als es die Berichte von dort vernahm, in denen der unzweideutig ausgedrückte Wille des Saarvolkes, deutsch zu bleiben, durch den Mund der dafür berufensten Vertreter beredtesten Ausdruck fand, zeigte das Spiegelbild in der französischen Presse naturgemäß eine wesentlich andere Auffassung der Dinge. In gewissen Tageszeitungen Frankreichs macht sich immer deutlicher jenes undefinierbare, aber offensichtlich haßerfüllte Gefühl bemerkbar, welches die Räumung des Rheinlandes als eine französische Niederlage „dé facto et de jure" hinzustellen bemüht ist, für die Herr Briand und seine Freunde dem französischen Volke eigentlich eine Genugtuung schuldig seien.

Welcher Art diese Genugtuung sein soll, das geht klar aus jenen französischen Pressestimmen hervor, die sich mit den nunmehr rettungslos versandeten Pariser Saarverhandlungen beschäftigen. Der französische Imperialismus, dessen Ziel von Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen im Jahre 1918 an die glatte Annexion der Saar gewesen ist, hält nunmehr seine Stunde für gekommen. Nicht nur Blätter vom Schlage des Cotyschen „Figaro" oder der „Action Française" blasen heute die Fanfare zur endgültigen „Eroberung" der Saar; auch ernster zu nehmende Staatsmänner und Journalisten in Paris glaubten die Sabotage der dortigen Saarverhandlungen betreiben zu sollen, zweifellos um, nach deren definitivem Scheitern offen zur Offensive übergehen zu können. Darum wurden die Angebote der deutschen Regierung mit Hohnlachen abgetan, und man kann immer deutlicher feststellen, daß die recht kleinmütige Stimmung, die in Frankreich noch zu Beginn dieses Jahres in bezug auf die Volksabstimmung von 1935 herrschte, heute einem unverhüllten, erbitterten Trotz gewichen ist.

Wir können es unsererseits recht gut begreifen, daß die Franzosen eine so imposante Saar-Kundgebung wie die von Trier, die sich noch dazu an der Pforte des Saargebiets abgespielt hat, nur mit Bangen betrachten. Wir sind ja stolz darauf, daß die Worte, die dort an der Mosel erklungen sind, im In- und Auslande einen so starken Widerhall hervorgerufen haben. So verzeichnen wir mit besonderer Genugtuung so brüderlich gesinnte Worte freudiger Anerkennung für unser vaterländisches Werk, wie sie das „Danziger Sonntagsblatt" gefunden. — Wie sollten wir da erstaunt oder vielleicht gar betrübt darüber sein, daß die französische Presse ihren Unwillen kaum mehr zu zügeln weiß?

Es erscheint uns in diesem Zusammenhang nützlich und angebracht, einmal darauf hinzuweisen, daß die Tagungen des Bundes der Saarvereine den Herren Franzosen von jeher ein Dorn im Auge gewesen sind. Herr James Donnadieu, dessen Buch „La Liquidation de la Victoire", Band I: „La Sarre", als beredtestes Beispiel für die Einstellung des nationalen Frankreich zum Saarproblem, gar nicht gründlich genug durchforscht, gar nicht genügend oft zitiert und in allen seinen Einzelheiten dem deutschen Volke im Reich und an der Saar vor Augen geführt werden kann, ist uns auch hier ein nicht zu übersehender Wegweiser. Donnadieu berichtet in seinem Buch nicht ohne besonderen Stolz, wie er unsere Tagungen von Anfang an genau verfolgt hat; ja er widmet ihnen einen besonderen Kapitelabschnitt, der viel Interessantes für uns enthält. Da liest man auf Seite 136 des genannten Buches: „Die Tagungen, die am häufigsten vom Saarverein einberufen werden, erlauben eine Uebersicht über die gewonnenen Ergebnisse (der deutschen Propaganda an der Saar), sie gestatten die Festsetzung von Richtlinien für die Zukunft und geben Gelegenheit zu wichtigen Erörterungen, die man mit jedem nur möglichen Mittel der Oeffentlichkeit zugänglich macht." — Der letzte Satz ist reichlich naiv; oder er soll so scheinen! Selbstverständlich sind die Reden und Entschließungen der Tagungen der Saarvereine öffentlich, sogar so öffentlich, wie nur irgend möglich! Ist doch gar nichts, auch nicht das geringste, daran geheimzuhalten, sondern ganz im Gegenteil sogar alles eigens dazu bestimmt, die Welt — und zwar nicht nur Deutschland — darüber zu unterrichten, was wir denken, hoffen, wünschen und fordern zu können glauben! Merkwürdig ist lediglich, daß unser französischer „Freund" und Kritiker es für nötig hält, auf die erwähnte „Oeffentlichkeit" eigens hinzuweisen.

Nun wirds allerdings ein wenig wirr in den „getreuen Berichten" Donnadieus; er wirft da allerhand durcheinander und behauptet: Solche Tagungen hätten stattgefunden in Saarbrücken, Berlin, Köln, Kiel, Hannover, Heidelberg, Münster, Leipzig usw. usw. (!!!!) —

Hieraus ist ersichtlich, daß Donnadieu nicht nur die großen Saar-Bundestagungen der Saarvereine ad notam genommen hat, sondern auch viele der kleineren, darum aber natürlich nicht minder von echtem, deutschem Saargeist getragenen gelegentlichen Kundgebungen in den verschiedensten Städten Deutschlands. Aber sicher hat gerade diese gleichmäßige Verteilung des deutschen Saargedankens über das ganze Reich, dieser einmütige Wille in allen deutschen Gauen, die Saar nicht aufzugeben oder zu verschleudern, Herrn Donnadieus besondere Aufmerksamkeit erregt. — Muß er doch hier, durchaus mit Recht, ein den französischen Raubplänen erbittert feindlich gesinntes System wittern. Der Bund der Saarvereine macht auch hieraus kein Geheimnis. Kein Vernünftiger wird den schelten, der sich gegen Einbruch, Raub und Diebesgewalt rechtzeitig versichert.

Welches Gewicht der Franzose jenem System beimißt, das geht aus folgenden Worten hervor (Donnadieu, a.a.O. Seite 136): „Nous avons relevé une liste impressionnante de ces manifestations. Retenons-en les principales!" („Wir haben eine vielsagende Liste dieser Kundgebungen zusammengestellt. Hier seien nur die hauptsächlichsten herausgegriffen!".)

Es ist uns eine Ehre und ein Vergnügen, zu sehen, mit welchem Interesse Herr Donnadieu unsere Tätigkeit verfolgt hat. Sein Bericht beginnt mit unserer Bundestagung in Hannover am 6. Juni 1925, „dem Jahreskongreß des Bundes der Saarvereine, dessen Ehrenvorsitz — (man schaudere!) — der Marschall (!) von Hindenburg persönlich innehat". Hier in Hannover, weiß unser französischer Gewährsmann zu melden, sei das Unerhörte Tatsache geworden, daß in seinem Hauptbericht über die Gesamtlage Direktor Vogel an die Reichsregierung die unverblümte Bitte gerichtet habe, mit Energie den „annektionistischen Wahnsinn Frankreichs" zu bekämpfen. — Diese Worte müssen das Patriotenherz Donnadieus besonders schwer getroffen haben, denn er hebt sie durch Druck besonders hervor und setzt hinter den „annektionistischen Wahnsinn" ein vielsagendes, in Klammern stehendes „Sic"! Ja, sehen Sie mal an, Monsieur Donnadieu, solche Worte sind hier auf deutschem Boden von deutschen Männern gegen das heilige Frankreich ganz ungeniert und in „vollster Oeffentlichkeit" ausgesprochen worden . . . Wie sagt doch der antike Dichter? „Ein Hund wird immer gekränkt sein, wenn man ihn einen Hund heißt!" Wieviel mehr nicht ein Fuchs! Oder glauben Sie, Herr Donnadieu, Ihre Entrüstung über jene deutlichen Worte aus Hannover würde hier oder in Frankreich von irgend jemandem ernst genommen? In jedem französischen Kinderblättchen können Sie alle Tage Worte gegen Deutschland lesen, die zehntausendmal schlimmer und schärfer und dazu noch gelogen sind. Erinnern Sie sich vielleicht noch der berüchtigten Artikelserie „L'olivier Franco-Allemand", die vor zwei Jahren in Cotys „Figaro" erschien, ohne daß sich in Deutschland auch nur ein Blättchen bewegt hätte? Was stand da nicht drin an gemeinen Verleumdungen gegen unser Volk, gegen unser Land und gegen unsere Verantwortlichen! Die einzige Folge, die diese Schimpfkanonade gegen Deutschland und die Locarnopolitik für Herrn André Chaumey hatte, war, daß er zum Mitglied der „unsterblichen" Academie Francaise (!) ernannt wurde. Und das ist nur ein Beispiel für hunderte, die wir aufzählen könnten.

Mit einer nicht wegzuleugnenden Genauigkeit berichtet Herr Donnadieu des weiteren über spätere Saarvereinstagungen. Am erbostesten ist er auf die in Münster, von der er ausruft: „Enfin, voici plus près de nous le neuvième congrès de l'Union sarroise" („Endlich haben wir noch näher bei uns die neunte Bundestagung der Saarvereine!") — Bei dieser Gelegenheit bekommt nicht nur der ehemalige Kanzler Dr. Marx, sondern auch die Minister Wirth und Herrmann Müller den Zorn des publizistischen Don Quichotte zu fühlen; auch der verstorbene Dr. Stresemann erhält seinen Rüffel, weil er sich erdreistet hat, in einem Telegramm von der „schwierigen und ganz ungewöhnlich harten" Lage des Saargebietes zu reden, die diesem aus einer wirtschaftlichen und politischen Trennung von Deutschland drohe!

Was mag nach alledem Donnadieu erst zu der Tagung von Trier gesagt haben? — Heiliger Tardieu, das wird kein schlechter Bissen für ihn gewesen sein. Und was sagt er erst dazu, daß auf so geheiligtem Boden, wie in Paris selbst, ein Freund des Friedens und der Verständigung, ein so allgemein geachteter und anerkannter Mann wie der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Gesellschaft, Dr. Grautoff, das Saargebiet und seine Bevölkerung als kerndeutsch zu benennen gewagt hat!

Das Schlagwort: „Die Saarpropaganda ist eine Sache der deutschen Nationalisten", sozusagen das Gesamtmotto für Donnadieus Buch, ist mit diesem offenen Bekenntnis eines international bekannten und beliebten Friedensfreundes eigentlich ad absurdum geführt worden. Aber was soll so ein Unglückswurm wie Donnadieu unter solchen Umständen machen? Er tut uns eigentlich leid. Seine Felle und seine Francs drohen ihm davonzuschwimmen. Wo er doch immer so lieb unser Tun und Treiben überwacht und persönlich anerkannt hat! Pauvre Monsieur Donnadieu, unser Beileid!!!

Wachsamkeit tut not

Ein Schulmann aus dem Saargebiet schreibt:

Die Zeit ändert sich und mit ihr die politische Lage. Heute steht die Saarbevölkerung vor einem freundlicheren politischen Himmel als vor zehn Jahren. Es wäre nicht richtig, wollte man Vorgänge und Handlungen von damals aus der jetzigen Zeitlage heraus beurteilen, zumal es fast durchweg an klaren, zielbewußten Richtlinien auch von seiten unserer Heimatregierung fehlte. Damit soll nicht etwa der Gesinnungs- und Charakterlosigkeit einzelner Konjunkturpolitiker das Wort geredet werden, abgesehen davon, daß es auch Unterlassungssünden gibt. Jedenfalls dürfen wir mit berechtigtem Stolze sagen, daß das Saarvolk deutsches Kulturgut als getreuer Haushalter wohl verwaltet hat. Die Jahrtausendfeier zeigte vor aller Welt die reine und fleckenlose deutsche Gesinnung der gesamten Einwohnerschaft. Leider mußten schon Jahre vorher viele unserer Besten Haus und Herd verlassen, weil es dem Machthaber nicht paßte, daß man seine Kreise störte. Mit Hochachtung, Anerkennung und Stolz wollen wir aller der Männer und Frauen gedenken, die in unsicherer, wildbewegter politischer Zeit den Mut hatten, französische Willkürhandlungen auf kulturellem, wirtschaftlichem Gebiete gebührend zu benennen oder abzuwehren. Viele dieser unserer Landsleute stehen heute an führender Stelle im Abwehrkampfe und in der Arbeit im Bunde der Saarvereine. So widersprechend es auch klingen mag, einen besseren Dienst hätten uns unsere westlichen Nachbarn nicht leisten können. Und noch immer gilt es, die Augen offen und die Ohren steif zu halten; das beweisen die Saarverhandlungen in Paris. Die politische Lage des Saargebietes ist auch jetzt noch nicht so geklärt, daß wir die Hände in den Schoß legen könnten.

Einem Machtwillen müssen wir immer noch den viel wirkungsvolleren Willen des Saarvolkes entgegensetzen, deutsch zu sein und zu bleiben, um endlich zum Heimatlande zurückkehren zu können. Es mutet uns heute so sonderbar, geradezu komisch lächerlich an, wenn einzelne Leute, auch solche in führender Stellung, glauben, jetzt etwas mehr aus ihrer Reserve zugunsten des Deutschtums herausgehen zu sollen, vielleicht deshalb, weil die Gefahr weiter entfernt ist. Das erinnert an den Jungen, der den Hund ärgert, wenn er hinterm Gartenzaun ist. Wir empfehlen gewiß keine Herausforderung durch Hurrapatriotismus, aber wir können, wenn es sein muß, ein unerschrockenes Bekenntnis zum Deutschtum verlangen. Große Kundgebungen sind notwendig und sehr wirkungsvoll, aber auch der vielen Tausende soll hier gedacht sein, die in stiller Kleinarbeit im Hause, in der Gemeinde, in der Werkstatt, in der Fabrik, in der Schule usw. Tag für Tag immer und immer wieder der Jugend den Gedanken einprägten: Hier an der Saar haben jahrhundertelang nur Deutsche gewohnt, und wenn in kleinen Zwischenräumen fremde Eroberer sich hier niedergelassen hatten, so waren das eben Gewaltmaßnahmen. Hier ist der Boden urdeutsch, hier herrschte von jeher deutsche Art in Sitte und Sprache, hier haben unsere Väter in ununterbrochenem Fleiße das erobert, was ihr jetzt vor euren Augen seht. Wenn derartige Belehrungen für viele eine Selbstverständlichkeit bedeuten, so sind sie im jetzigen Augenblick um so selbstverständlicher und das eindringlichste Gebot der Stunde.

Wir wollen uns stets vor Augen halten, daß die heranwachsende Jugend eine Erfahrungstraditionnur in ganz beschränktem Umfange hat und darum gewonnen und erhalten werden muß. Das wissen die Franzosen genau so gut wie wir; darum haben sie sich durch die Einrichtung von Schulen auf dem Wege „friedlicher Durchdringung" Eingang zu verschaffen gesucht. Der Zweck heiligt auch hier die Mittel; das haben verschiedene Vorgänge vor Ostern wieder zur Genüge bewiesen. Man machte sich an die Arbeitslosen heran und versprach Arbeit, wenn sie ihre Kinder in die französische Schule schickten. So stehen denn die bedauernswerten Kinder weinend da: „Wir müssen dorthin gehen, damit unser Vater Arbeit bekommt". Wenn nur die große Enttäuschung nicht hinterher kommt. Die Erfolge waren natürlich so gering, daß die Sache gar nicht erwähnenswert wäre, wenn die Art und Weise, wie es gemacht wird, nicht so moralisch verwerflich wäre. Der fakultative französische Unterricht wird trotz jedesmaligem Mißerfolge in jedem Jahre neu aufgelegt. Die Zähigkeit, doch noch etwas erreichen zu können, muß man anerkennen. Also bleiben wir immer noch wachsam im Abwehrkampfe. So bleibt uns noch Arbeit genug, aber wir werden auch noch den Rest und Schlußakt schaffen, bis wir als freie deutsche Saarländer im freien, deutschen Vaterland leben können.

Frankreichs verschärfte Schulpropaganda

Im Gegensatz zu den von Briand dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann seinerzeit in Genf zugesagten Rückgliederungsverhandlungen haben der französischen Bergfiskus und die hinter ihm stehenden politischen und amtlichen Kreise den Zustand der Verständigungsbereitschaft dazu benutzt, um im Saargebiet die französische Propaganda mit dem Ziele der Beeinflussung der politischen Gesinnung der Bevölkerung zugunsten Frankreichs ebenso rücksichtslos wie vertragswidrig neu zu entwickeln. Hand in Hand damit geht eine systematisch betriebene Pressepolitik, die dem Ausland zuerst eine starke Abneigung der Saargebietsbevölkerung gegen die Rückgliederung wie auch jahrzehntealte wirtschaftliche Verbundenheit zwischen Saargebiet und französischer Wirtschaft vortäuschen soll. Mit besonderer Brutalität und herausfordernden Methoden hat die französische Schulpropaganda wieder unter den Saarbergleuten eingesetzt. Das Ueberraschendste dabei ist, daß die Saarregierung zwar diese bestimmungswidrige Tätigkeit der französischen Schulpropaganda kennt, aber nicht das geringste unternimmt, um gemäß dem seinerzeitigen Beschluß des Völkerbundsrates gegen den dabei zutage tretenden Terror vorzugehen.

Darüber werden von unterrichteter Seite in der saarländischen Presse folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Neue Tatsachen deuten darauf hin, daß für den Herbst eine vermehrte Propagandatätigkeit vorbereitet worden ist. Die Schulkräfte an der französischen Schule, die am eifrigsten für sie geworben haben, die Luxemburger Wingert-Jägersfreude, Schaade-Klarenthal, Meaujean-Luisenthal und die beiden Saarländerinnen Fräulein André und Brill in Luisenthal sind nicht nur nicht zurechtgewiesen, sondern sogar belobigt worden. Kein Wunder, wenn man weiß, daß die Propaganda vor Ostern eine planmäßige Organisierung erfahren hat. Der Vater dieser Propaganda ist der Inspecteur d'Academie auf der Saarbrückener Bergwerksdirektion, Herr Griner. **Er hat damals eine Verfügung erlassen des Inhalts, daß das Lehrpersonal sich um den Zuwachs an den Schulen zu bemühen hat durch Besuche in den Häusern. Bei gutem Erfolg wird eine höhere Gratifikation und Beförderung in Aussicht gestellt. Bei Mißerfolg müsse dagegen mit dem Eingehen mehrerer Stellen gerechnet werden.**

Als nun die ersten Beschwerden in den Zeitungen erschienen, erfolgte prompt eine weitere Verfügung, die

Propaganda auf alle Fälle fortzusetzen.

Den angegriffenen Lehrpersonen werde ausdrücklich verboten, auf Angriffe zu antworten oder mit deutschen Behörden zu verhandeln.

Als nach einigen Wochen die Direktoren zu Herrn Griner gerufen wurden, um über ihre Erfolge zu berichten, wies man ihn auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich ihnen entgegenstellten. Da antwortete Herr Griner: ‚Schwierigkeiten? Ausgeschlossen! Die saarländischen Familien schicken ihre Kinder aus Idealismus für die gerechte französische Sache." Darauf erfolgte ein schallendes Gelächter und einer der Herren sagte: **„Geben Sie uns ein paar tausend Franken zu verteilen, dann versprechen wir Ihnen ein paar hundert Kinder."** Das wurde zu Ostern auch besorgt. Alle Konfirmanden und Kommunikanten, auch die schulentlassenen Dissidenten, erhielten je 100 Franken Kleidergeld. Und nun solls im Herbst weitergehen.

Am 1. Juli dieses Jahres fand eine Konferenz der Direktoren der französischen Schulen statt, welche sich ausführlich mit der kommenden Propaganda beschäftigte. Um den Kindern der französischen Schule den Aufenthalt angenehmer zu gestalten und den Kindern der deutschen Schule den Besuch der französischen Schule schmackhafter zu machen, sollen

alle möglichen Vergünstigungen gewährt

werden.

Zu diesem Zwecke sollten die Direktoren acht Tage vor Schulanfang wieder zur Stelle sein. Damit das ja nicht vergessen werde, erschien kurz vor Schulschluß — die französischen Ferien beginnen mit dem Nationalfeiertag am 14. Juli — folgende Verfügung in französischer Sprache: **„Die Direktoren haben acht Tage vor Schulanfang wieder auf ihrem Posten zu sein, um weitere Schritte zur Werbung von Schülern zu unternehmen.** Den Direktoren und Lehrern, welche sich der Mühe der Elternbesuche unterziehen, werden hohe Gratifikationen und Stellenbeförderungen versprochen; wer sich weigert, wird mit einer Herabsetzung der Gratifikation und mit Eingehen der Stelle bedroht.

Daß man nach wie vor die Ueberläufer belohnen will, ersieht man daraus, daß an die Ingenieure und Divisionäre der Grubeninspektionen die Weisung ergangen ist, den Vätern und Brüdern der Kinder an den französischen Schulen auf jeden Fall Stellen zu beschaffen. Und die Direktoren der französischen Schulen haben die Mitteilung erhalten, die sie an die Eltern ihrer Schulkinder weitergeben sollten: Wer Arbeit in Frankreich annehmen wolle, könne sofort welche bekommen. Männliche und weibliche Personen könnten untergebracht werden.

Die meistgenannten Personen in diesem Propagandafeldzug sind die Herren

Griner und Wingert.

Griner ist gegenwärtig Chef des französischen Unterrichtswesens im Saargebiet, ein Elsässer, dessen Vorfahren aus der Schweiz stammen. Wingert ist geborener Luxemburger. Er und seine Frau wirken an der französischen Schule in Jägersfreude. Die öffentlichen Anklagen gegen ihn haben ihn durchaus nicht irre gemacht. Es steht aber fest, daß er mehreren Personen gegenüber erklärt hat, man müsse

die Leute zwingen.

Als Beweis dafür, daß die Bergwerksdirektion Herrn Wingert schützt und deckt, kann auch der Besuch des neuen Generaldirektors angesehen werden, den dieser der französischen Schule in Jägersfreude abgestattet hat. Er hat alle Klassen besucht, die Klasse des Herrn Wingert besonders lange, und soll auch seine Zufriedenheit ausgesprochen haben.

Es würde ein interessantes Licht auf die Kultur dieser Schule werfen, wenn man die Zustände, die dort herrschen, der Oeffentlichkeit einmal darstellte. Ein Teil der Schüler, deren Eltern nicht gezwungen wurden, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken, spottet über die deutschen Schüler und schlägt sich auf der Gasse herum. Einer dieser Schüler namens Nonweiler war es, der die deutschen Schüler angeschwärzt hat (das Auftreten des Herrn Wingert ließ diese Zustände ahnen), während ein anderer namens Wogt mit Schlagring und Schußwaffe auftrat. Daß ein großer Teil dieser Schüler den Religionsunterricht nicht besucht, oder sich frech in diesem benimmt, ist dann natürlich auch nicht zu verwundern.

Die Angriffe in der Oeffentlichkeit haben die Direktoren mancher französischer Schulen veranlaßt,

Elternversammlungen

abzuhalten. So wird uns berichtet, daß am Tage nach der letzten Landesratssitzung in der Kaffeeküche des Ostschachtes der Grube Luisenthal ein Elternabend stattgefunden hat. Dort wurde mitgeteilt, alles Gerede in den Zeitungen und im Landesrat sei Lüge und Mache. Die Leute sollten so etwas nicht glauben. Statt der deutschen saarländischen Zeitungen sollten sie lothringische Zeitungen lesen. Es wurde sogar ein besonderer Vorstand gebildet, der aus zwei Damen besteht, und beschlossen, jeden Monat eine Elternversammlung stattfinden zu lassen.

Die Aufforderung an die Direktoren der französischen Schulen, acht Tage vor Ferienschluß auf ihrem Posten zu sein, beweist, daß in diesem Herbst die Propaganda unter allen Umständen aufrecht erhalten werden soll. Es wird darum Zeit, dem Völkerbund zu zeigen, was unter seinen Fittichen im Saargebiet alles möglich ist. Helfen kann sich die Bevölkerung selbst. Nicht nur, daß sie ihre Kinder von der französischen Schule fernhält, sondern, daß sie auch die bedrängten Bergleute unterstützt, sie aufmuntert, ihnen Arbeitsgelegenheit verschafft und die Mißstände der französischen Schule an die Oeffentlichkeit bringt. Es ist jeder verpflichtet, sein Teil zur Rettung der Heimat beizutragen. Die letzten Aeußerungen Poincarés lassen noch einen großen Endkampf um das Saargebiet erwarten. Wer da die Hände in den Schoß legt, und die anderen allein schaffen läßt, ist mitschuldig an den heutigen Zuständen und an dem kommenden Schicksal.

Wie schon erwähnt, sind

diese Zustände der Saarregierung in vollem Umfange bekannt;

die saarländischen Zeitungen haben nicht nur Einzelheiten über alle diese Vorgänge veröffentlicht, und veröffentlichen sie weiterhin, im Landesrat ist das ganze System französischer Schulpolitik mit beweisenden Unterlagen zur Sprache gebracht worden. Die Saarregierung aber hat nicht nur nicht zum Schutze der saardeutschen Schule und der deutschen Saarkinder eingegriffen, sie hat im Gegenteil deutsche Lehrer und Geistliche zur Verantwortung zu ziehen versucht, weil sie für die deutsche Schule sich eingesetzt haben.

Es wäre zu hoffen, wenn die deutschen zuständigen Stellen, denen ja diese Dinge nicht unbekannt sind, Veranlassung nehmen würden, das gesamte Material über die neue französische Schulpropaganda an der Saar zusammenzustellen und den deutschen Außenminister dadurch in den Stand setzen zu können, an den Völkerbund die Frage zu richten, ob er der Meinung ist, daß solche Vorgänge sich mit den Saarstatutsbestimmungen vereinbaren lassen. Was jetzt auf dem Gebiet der französischen Schulpropaganda vor sich geht, ist **Terror schlimmster Art, ist Seelenfang und ein Verbrechen gegen die mißbrauchten Kinder, denen durch die Mißwirtschaft in den Franzosenschulen das wertvollste Rüstzeug für den Kampf ums Dasein, nämlich eine gute Allgemeinbildung, wie sie nur die deutsche Schule zu vermitteln in der Lage ist, vorenthalten wird.**

Aus saardeutschen Leserkreisen wird uns zu dieser neuentwickelten französischen Schulpropaganda noch folgendes geschrieben:

Der Abbruch der deutsch-französischen Saarverhandlungen hat die französische Schulpropaganda erneut auf den Plan gerufen. Aus verschiedenen Orten des Saargebietes kommen Nachrichten von teils verstecktem, teils offenem Vorgehen der französischen Schulleitung, um unsere deutsche Saarbevölkerung (Bergleute und andere Berufe) für die französische Schule zu gewinnen und einzufangen. Schon seit Monaten mußte die Saarbrücker Presse des öfteren Gelegenheit nehmen, die Werbetätigkeit einzelner Französlinge und ihrer Drahtzieher ins rechte Licht zu rücken und das Unmoralische ihrer Handlungsweise zu kennzeichnen. Ist es doch geradezu ein frivoles Unterfangen, eine kerndeutsche Bevölkerung zu Handlungen zu verleiten, die sie früher oder später sicher bereuen wird. So gering auch der Erfolg ist, so ist uns doch auch jedes deutsche Kind zu schade, um als Propagandamittel jenseits der Vogesen benutzt zu werden und den frankophilen „Direkteurs" und ihren Hintermännern ein neues Lorbeerblatt anzuheften.

Woher kommt es, daß sich einer oder der andere einfangen läßt? Es ist nun einmal so, daß sich Menschen aus wirtschaftlichen Nöten (Wohnungsnot, Not in der Familie, Arbeitslosigkeit) bereitfinden lassen, dem nicht nachlassenden Drucke, lockenden Versprechungen, harmlos aussehenden Vorspiegelungen nachzugeben, also „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe".

Außer den gewaltsamen und versteckten Drohungen versuchen die französischen Schulleiter, den Besuch der französischen Schulen dadurch schmackhaft zu machen und als etwas Harmloses und ganz Natürliches hinzustellen, daß sie die französischen Schulen mit unseren deutschen Mittelschulen und höheren Schulen vergleichen, in denen ja auch Französisch gelehrt würde; ihre Schulen seien ja auch deutsche Schulen mit französischem Unterricht. Gleicht solches Gebaren nicht dem Fuchs in der Fabel, der den Hühnern und Hähnen ewigen Frieden verspricht, aber die Flucht ergreift, als er den Jäger mit Hunden sieht? Hütet euch, deutsche Eltern, die Frucht sieht so verlockend aus, aber im Innern birgt sie das gefährliche Gift, das euch und euren Kindern auf eurem Lebenswege zum Verhängnis wird! Es ist eine nicht wieder gut zu machende, unverantwortliche Versündigung an einer Kindesseele und gewissermaßen eine ‚Sünde wider den heiligen Geist", wenn man erleben muß, daß ein Kind weinend zum Lehrer kommt mit der weinerlichen Bemerkung: „Ich muß in die französische Schule gehen, damit mein Vater Arbeit bekommt." Die bittere Not wird Mittel zum Zweck, Kinder für die Schule einzufangen. In der Regel kommt die Enttäuschung hinterher, die Arbeit bleibt aus, die Kinder kehren zurück, ein Jahr Schulzeit oder noch länger ist als direkt verloren anzusehen. Die Leistungen derartiger Kinder beweisen es zur Genüge. So ist den französischen Drahtziehern kein Mittel zu schlecht, um ihren dunklen Manipulationen zu einem Erfolg, wenn auch nur Scheinerfolg, zu verhelfen. Aber jetzt hält unsere wackere, deutsche Saarbevölkerung erst recht fest an ihrer deutschen guten Volksschule. Das beweist die Tatsache, daß trotz Hausbesuche in einem Industrieort von 80 Neuaufnahmen ein einziges Kind die französische Schule besucht. Die Saarbevölkerung ist auch im Punkte Schule gewillt, trotz aller Schliche und Tücke, bis zur endgültigen Abrechnung im Jahre 1935 auszuhalten. Die erneut einsetzenden Druckmaßnahmen der französischen Grubenverwaltung und ihrer Helfer, haben die Lehrerkammern (Vertreter der gesamten Lehrerschaft des Saargebietes) veranlaßt, in der Vollsitzung am 26. Juli d. J. mit aller Deutlichkeit der Regierungskommission die wiederholte Forderung auf Aufhebung der Verordnungen vom 7. und 20. Juli 1920 vorzutragen. Die Regierungskommission als Treuhänderin des Völkerbundes für das Saargebiet hat hier die heilige Pflicht, die deutsche Schule mit ihren deutschen Kindern dem deutschen Saarvolke zu erhalten und etwaigen Uebergriffen von seiten der französischen Grubenverwaltung und ihren französischen Schulinteressenten mit Nachdruck entgegenzutreten. Ist es nicht geradezu ein abnormer Zustand, um nicht zu sagen Unfug, daß neben der Schulverwaltung der Regierungskommission die Leitung der französischen Schule mit einem frankophilen Herrn Griner an der Spitze einhergeht, der sich unterfängt, deutsche Elternrechte an ihrer deutschen Schule nach einer ihm vorteilhaften Weise umzubiegen. Doch auch hier gilt, was für die gesamte deutsche Nation ausgesprochen werden kann, den Geist werdet ihr nie meistern und töten können. Ueber unsere deutschen Schulen und Kinder haben deutsche Männer zu befinden, deren Pflicht es ist, den französischen Uebergriffen Einhalt zu gebieten. Deutsche Schulmänner, wo ihr auch arbeitet, werdet hart und aktiv und laßt euch solche Art nicht gefallen.

Die Vertreter der Lehrerschaft riefen auch in der genannten Sitzung am 26./7. die gesamte Lehrerschaft zur Kleinarbeit auf, dafür zu sorgen, „daß jedes deutsche Kind der deutschen Schule erhalten bleibt oder zurückgeführt wird". Im letzteren Punkte, in der stillen, fortgesetzten Kleinarbeit, scheint doch die vornehmste und wichtigste Tätigkeit der Lehrerschaft zu liegen. Sagt den Eltern bei jeder sich bietenden Gelegenheit, in Versammlungen, bei Schulaufnahmen und Entlassungen, bei gelegentlichen Besuchen und Begrüßungen usw., auch in der Ortspresse, welches die Gefahrenpunkte sind und wo sie liegen. Auch in der Schule beim Unterricht und gelegentlich finden sich Möglichkeiten, wo ihr den Kindern das Gefährliche der äußerlich lockenden, giftigen Frucht der französischen Schule vor Augen führen könnt. Wir als deutsche Saarländer sind uns mit unsern deutschen Brüdern im Reiche ganz gewiß einig in dem Willen zur gegenseitigen Verständigung mit unserem westlichen Nachbarn, aber mit Rücksicht auf unsere deutsche Schule kann die Losung nur heißen: „Hände weg!"

Saarfragen

auf der 20. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Von Karl Ollmert-Frankfurt a. M.

Für die gesamten Verhältnisse an der Saar sind die Kohlenschätze, Grubenanlagen, Kohlenförderung und der Absatz von grundlegender Bedeutung, heißt es allgemein. So richtig diese Ansicht ist, so trifft sie m. E. doch nicht das letzte; denn schließlich hängt das Wohl und Wehe des Saargebietes vornehmlich ab von dem Eigentümer der Gruben und von denen, die auf und in den Gruben beschäftigt sind. Nachdem Frankreich durch den Versailler Vertrag Eigentümer der Saargruben geworden ist und seine Macht als Besitzer dieser Gruben zu politischen Zwecken mißbraucht, wird dies immer mehr erkannt. Ganz abgesehen davon, daß heute die Auffassung, daß die Wirtschaft nicht Selbstzweck sein darf, es vielmehr ihre vornehmste Aufgabe sein muß, der Menschheit zu dienen, Fortschritte gemacht hat, hat auch die Ansicht, daß die in der Wirtschaft beschäftigten Menschen ein Anrecht auf ein angemessenes Lohn- und Arbeitsverhältnis haben und mit der Aufnahme von Arbeit in einem Betrieb in keiner Weise genötigt werden dürfen, politische oder sonstige allgemeine Rechte und Freiheiten preiszugeben, mehr und mehr an Geltung gewonnen. Der Spruch: „Wess' Brot ich eß, dess' Lied ich sing," der früher so ausgelegt wurde, daß der Arbeitnehmer gewissermaßen verpflichtet sei, auch das politische Lied seines Arbeitgebers zu singen, ist, Gott sei Dank, längst überholt. Allgemein hat man sich, namentlich auch in Deutschland, daran gewöhnt, daß die Arbeitnehmer besonders auch in politischen und wirtschaftlichen Fragen eine eigene Meinung haben dürfen und, sofern sie es für richtig halten, auch berechtigt sind, hierbei eigene Wege zu gehen.

Die Selbständigkeit der Arbeitnehmerschaft kam uns bei der Abwehr der französischen Anschläge auf das Saargebiet sehr zugute. Alle Droh- und Druckmaßnahmen der Franzosen sind nicht zuletzt daran gescheitert, daß die saarländischen Arbeiter, insbesondere auch die Bergleute, sich als freie Menschen fühlen, die nach Lage der Verhältnisse wohl ihre Arbeitskraft dem französischen Arbeitgeber zur Verfügung stellen konnten, aber all seine Beeinflussungsversuche kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Art mit großer Entschiedenheit zurückweisen durften, ja, diese Zurückweisung als eine Selbstverständlichkeit betrachteten. Diese eindeutige, entschiedene und sichere Haltung ist nicht zuletzt der Arbeit der Gewerkschaften zu verdanken, vor allem auch der des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Die Gewerkschaften haben planmäßig jeden Mißbrauch des Besitzrechtes an Produktionsstätten bekämpft und darauf hingearbeitet, die Arbeiter zu freien und verantwortungsbewußten Menschen zu erziehen und sie dahin zu bringen, daß sie ihre Auffassungen zu allen Fragen, die sie betreffen, selber sachlich zum Ausdruck bringen können.

Es war daher kein Wunder, daß die auf der 20. Versammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Aachen vom 4.—7. August anwesenden Vertreter aus dem Saargebiet auch ihre Meinung über die Lösung der Saarfrage recht deutlich zum Ausdruck brachten. Dabei gab es keinen Unterschied zwischen den Sekretären und den noch auf den Gruben arbeitenden Bergleuten, namentlich nicht in der Stellungnahme zur Frage der politischen Zukunft des Saargebietes, die für den „Saar-Freund" in der Hauptsache von Interesse sein dürfte. Als verantwortlicher Revierleiter der christlich organisierten Saarbergleute ging Fritz Kuhnen erklärlicherweise schon bei der Berichterstattung über die Lage im Saarbergbau — wobei er zunächst die Not an der Saar eingehend schilderte — auf die besonderen Verhältnisse im Saargebiet ausführlich ein. Mit stärkstem Nachdruck betonte er, daß die Rückgliederung an Deutschland kommen müsse und werde, ohne daß hierfür neue Opfer gebracht werden müßten. Sei Frankreich zu einer vernünftigen Einigung, wie sie vom Saargebiet und der deutschen Regierung erstrebt werde, jetzt nicht bereit, dann würde es sich damit abzufinden haben, daß die Abstimmung die restlose Rückgliederung in jeder Beziehung mit sich bringen werde. Darüber könne es gar keinen Zweifel geben. Die Bevölkerung an der Saar wolle zurück zum deutschen Vaterlande um jeden Preis, auch dann, wenn es Deutschland vorübergehend schlecht gehe. An der Saar sei man zudem fest davon überzeugt, daß sich Deutschland wirtschaftlich und politisch wieder emporarbeiten würde. Frankreichs Spekulation, daß für es oder für das Völkerbundsregime einmal eine günstigere Stimmung kommen werde an der Saar, sei völlig verfehlt. Die Abstimmung im Jahre 1935 werde, wenn es dazu komme, nicht nur eine schwere Niederlage für Frankreich, sondern auch eine saftige Ohrfeige für den Völkerbund bringen. Grundsätzlich sei die Bevölkerung des Saargebietes für eine Verständigung mit Frankreich auch in der Saarfrage, nicht zuletzt, weil sie glaube, daß mit einer baldigen Lösung des Saarproblems, dem Frieden beider Völker am besten gedient werde. Aber in bezug auf die restlose Rückgabe der Saargruben an Deutschland könne es keine Konzession geben; die früheren Eigentümer dieser Gruben, der Preußische und Bayerische Staat, müßten wieder alleinige Besitzer des gesamten Grubeneigentums werden. Darüber sei sich die Bevölkerung an der Saar völlig einig, und es sei gut, wenn Frankreich sich hiermit so bald wie möglich abfinde.

Auch die übrigen Redner aus dem Saargebiet, meistens noch im Bergbau praktisch tätige Männer, kamen bei ihren Ausführungen durchweg auf die Rückgliederung zu sprechen. Sie alle teilten die von Kuhnen dargelegte Auffassung. Mehrfach wurde mit besonderem Nachdruck betont, daß man es lieber zur Abstimmung kommen lassen solle, als in der Grubenfrage den französischen Forderungen gegenüber irgendwie nachzugeben. Dabei wurde auch die Erwartung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung fest bleibe und den Standpunkt sämtlicher Parteien und Berufsstände an der Saar, der sich mit der Ansicht der Bergarbeiter, was die Grubenfrage betreffe, restlos decke, respektiere. Es handele sich hier nicht allein und nicht einmal in erster Linie um eine wirtschaftliche Angelegenheit — obschon auch diese Seite der Saarfrage sehr bedeutsam sei —, sondern es seien vornehmlich politische Bedenken, die gegen eine Beteiligung Frankreichs an den Gruben in irgendeiner Form sprächen. Im Grenzland Saar seien völlig klare Verhältnisse in jeder Beziehung vonnöten und zwar nicht zuletzt im Interesse eines friedlichen Nebeneinanderlebens Deutschlands und Frankreichs.

Auch Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichswirtschaftsministerium kam bei seinen Darlegungen auf die Grubenfrage zu sprechen. Es war interessant, von ihm zu hören, daß in Paris auch Verhandlungen über arbeitsrechtliche Fragen stattgefunden haben, die unabhängig von der Rückgliederung für die Saarbergarbeiterschaft von Bedeutung sind. Dr. Grieser bemerkte u. a., daß die deutschen Unterhändler dafür eingetreten seien, daß auch zwei saar-lothringische Grenzgruben, die von lothringischen Besitzern betrieben werden, nach ihrer Rückgliederung wieder mit dem deutschen Arbeitsrecht ausgestattet würden. Deutschland habe auch verlangt, daß bei Rückgliederung des Grubengebietes bis zur deutschen Grenze deutsches Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Versicherungs- und Arbeiterverfassungsrecht wieder zur Anerkennung kämen. In den Verhandlungen sei zugesagt worden, daß in diesen Gruben die Saarbergarbeiterschaft die Stammbelegschaft bilden solle. Verlangt und zugesagt sei auch, daß für diese Gruben der Einstellungszwang zugunsten der Saarbergleute gelte. Man hoffe in kurzer Zeit mit Frankreich zu einem Gegenseitigkeitsvertrag zu kommen, der vor allem den Zweck habe, die Versicherungsrechte der sogenannten Lothringen-Gänger zu schützen. Er glaube, daß dieser Vertrag schon in einigen Monaten zum Abschluß gebracht werden könne. Die Ausführungen des Herrn Dr. Grieser schienen Vertretern aus dem Saargebiet recht optimistisch.

Schließlich wurden zwei Entschließungen angenommen, die sich nur auf das Saargebiet beziehen. Die erste beschäftigt sich mit der Rückgliederung und lautet:

„Die 20. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter bedauert es, daß die in Paris geführten Verhandlungen betreffend Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Deutschen Reiche zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Verhandlungen mußten scheitern, weil die Forderungen Frankreichs untragbare Opfer für das Deutsche Reich und die Bevölkerung des Saargebietes enthielten, die weder vom Reiche noch von der Bevölkerung des Saargebietes angenommen werden konnten. Die Generalversammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß Frankreich im Interesse des Friedens und einer wirklichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich das gute Recht der Bevölkerung des Saargebietes zu würdigen versteht und voll anerkennt. Versteht sich Frankreich hierzu, dann ist die Möglichkeit gegeben, eine dem Frieden Europas und einer wirklichen Verständigung zwischen den beiden beteiligten Völkern dienende baldige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem angestammten Vaterland herbeizuführen."

Die zweite Entschließung befaßt sich mit arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Fragen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die 20. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter stellt fest, daß die sozialpolitischen Verhältnisse des Saargebietes gegenüber denen des Reichs noch weit im Rückstand sind.

Das Fehlen des Betriebsrätegesetzes, der Arbeitsgerichtsbarkeit, das mangelhafte Schlichtungswesen, das Fehlen einer durch Gesetz geschaffenen Behörde, Schiedssprüche als verbindlich zu erklären, läßt die Rückständigkeit in hohem Maße erkennen. Dasselbe ist auch in sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht der Fall.

Das deutsche Saargebiet bildet eine unlösliche Einheit mit dem Deutschen Reiche. Darum hat die Regierung des Saargebietes die Pflicht, den Saarbergarbeitern die gleichen sozialpolitischen Rechte zu geben, wie sie die Bergarbeiter im Reiche besitzen. Die Gewerkvereinsleitung wird beauftragt mit der Reichsregierung und mit der Regierungskommission des Saargebietes in Verhandlungen darüber einzutreten, wie den Sozialrentnern deutscher Staatsangehörigkeit, die der elsaß-lothringische Sozialgesetzgebung unterworfen waren und bei Inkrafttreten des Versailler Vertrags die versicherungsrechtlichen Leistungsansprüche verloren, in wirksamer Weise geholfen werden kann. Es ist unhaltbar, daß Arbeiter trotz langjähriger Beitragsleistung zur zuständigen Versicherung keinen Anspruch auf Rente haben. Deshalb erwartet die Generalversammlung, daß die zuständigen Regierungsstellen das notwendige Verständnis für die Notlage dieser versichert gewesenen Arbeiter aufbringen."

Wenn in Aachen auch in erster Linie es galt, zu Berufs- und Standesfragen Stellung zu nehmen, so hatte doch auch die 20. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands wiederum eine besondere Bedeutung für das ganze Saargebiet. Die Saarbergleute sind am stärksten unter französischen Druck gesetzt worden. Sie stehen noch beim französischen Staat, als Besitzer der Saargruben, in Arbeit. Daß sie trotzdem immer wieder frei und offen ihre Anhänglichkeit zu Deutschland betonen, und zwar auch dann, wenn sie auf einer Tagung ihres Berufsverbandes sind, verdient besondere Anerkennung.

Vor 10 Jahren

Erinnerungen von Oberpostinspektor Hugo Anschütz, Frankfurt a. M.

Frei! Frei atmen können, frei reden können, sich frei bewegen können, ohne Gefahr zu laufen, in der nächsten Minute wegen Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsarmee eingesteckt oder ausgewiesen zu werden: welch beglückendes Gefühl! Dies beglückende Gefühl herrscht seit dem 1. Juli am Rhein. An dieser Freude nimmt das ganze deutsche Volk teil, auch das noch nicht befreite Volk an der Saar. Weithin leuchten die Freudenfeuer, weithin schallen die Lieder vom freien, deutschen Rhein, überall im befreiten Gebiet finden herzerhebende und herzerquickende Befreiungsfeiern statt. Auch daran nimmt das ganze deutsche Volk teil, auch daran das treudeutsche Volk an der Saar. Mag die Freude über das befreite Rheinland auch noch so groß sein, bei allen Feiern wird des noch nicht befreiten Saargebiets gedacht und dem Wunsche Ausdruck verliehen: Auch das Saargebiet möge recht bald wieder mit dem übrigen Deutschland vereint sein.

Reichspräsident, Reichsregierung und Länderregierungen sprechen dem befreiten Volk Dank aus für das während der Besatzungszeit Erduldete und Erlittene, für Verlust an Hab und Gut, für Gefängnisleiden, für Ausweisungen. Wo es galt, die deutschen Interessen zu vertreten, standen mit in vorderster Linie die Beamten, ganz besonders während des passiven Widerstandes. Von 40 000 Ausgewiesenen waren 37 000 Beamte. Auch das Volk an der Saar hat schon vieles erduldet. Auch daran denkt man. Man denkt aber auch immer wieder an all das, was man selbst für Volk und Vaterland erlitten und erduldet hat.

Während der Zeit, in der das Saargebiet vom Völkerbund durch eine fremdländische Regierungskommission zu treuen Händen des Deutschen Reichs verwaltet wird, hat sich manches ereignet, das für die Geschichte des Saargebiets festgehalten werden sollte. Unvergeßlich für die Bewohner des Saargebietes wird wohl der Streik der deutschen Saarbeamten vom 6. bis 13. August des Jahres 1920 bleiben. Es sind nun gerade 10 Jahre her! Da lohnt es sich, sich der Tage einmal wieder zu erinnern, sie kurz noch einmal an uns vorüberziehen zu lassen. Tage, die man selbst miterlebt, ja, die man als damaliger Vorsitzender des Beamtenbundes des Saargebiets entscheidend mitbeeinflußt hat.

Was war die Ursache des Streiks?

Der Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 sieht folgende, für die Rechte der Saarbeamten wichtige Bestimmungen vor:

„Artikel 49: Deutschland verzichtet zu Gunsten des Völkerbundes, der hier als Treuhänder zu betrachten ist, auf die Regierung des Saargebietes. Fünfzehn Jahre nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages wird die Bevölkerung des Saargebietes berufen werden, zu erkennen zu geben, unter welche Souveränität sie gestellt zu werden wünscht.

Kapitel II § 16 der Anlage zu den Artikeln 45 bis 50: Die Regierung des Saarbeckens wird einer den Völkerbund vertretenden Regierungskommission übergeben.

§ 19 der Anlage: Die Regierungskommission soll im Saarbeckengebiet alle Regierungsbefugnisse besitzen, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden, einschließlich des Rechts, Beamte zu ernennen und abzuberufen und die ihr erforderlich scheinenden Verwaltungs- und Vertretungsorgane zu schaffen.

§ 23 der Anlage: Die Gesetze und Verfügungen, die im Saarbeckengebiet am 11. November 1918 in Kraft waren (mit Ausnahme der mit Rücksicht auf den Kriegszustand getroffenen Bestimmungen) bleiben in Kraft.

§ 28: Die Bewohner des Saarbeckengebietes dürfen unter der Kontrolle des Regierungsausschusses ihre lokalen Versammlungen weiter abhalten sowie ihre religiösen Freiheiten, ihre Schule und ihre Sprache behalten."

Am 27. Februar 1920 übernahm die Regierungskommission die Verwaltung des Saargebiets. In einer Proklamation an die Saarbevölkerung erklärt sie, ihr Amt den Bestimmungen des Friedensvertrages gemäß, nach Buchstaben und Geist, führen und nur dem Wohle der Bevölkerung dienen zu wollen. In einer von der Regierungskommission am 16. März erlassenen Verordnung heißt es in bezug auf die Beamten:

§ 1: „Als Vertreterin des Völkerbundes im Saargebiet behält die Regierungskommission die Beamten und Angestellten, welche von der deutschen, preußischen, bayerischen Regierung ernannt oder bestätigt waren und zur Zeit im Saargebiet im Dienste sind, in ihren Amtsstellungen bei, vorausgesetzt, daß sie seitens ihrer ursprünglichen Regierung der Regierungskommission zur Verfügung gestellt bleiben. Indessen steht es jetzt schon und während eines Verlaufs von 6 Monaten vom Tage an gerechnet, an dem die Verhandlungen bezüglich der Uebernahme der Beamten mit Deutschland abgeschlossen sein werden, der Regierungskommission frei, auf ihre Dienste zu verzichten und sie ihren ursprünglichen Regierungen zur Verfügung zu stellen. Die Beamten werden in Zukunft ihren Dienst unter der Staatshoheit der Regierungskommission ausüben, einem ihrer Vertreter den Diensteid leisten, wodurch sie geloben, ihren Amtspflichten nach den ihnen von der Regierungskommission gegebenen Weisungen, wie dies im Friedensvertrag vorgesehen ist, getreulich nachzukommen."

§ 3: „Während ihrer Dienstzeit im Saargebiet genießen die Beamten die gleichen Rechte und Zusicherungen, wie dies durch die bis zum 11. November 1918 gültigen Gesetze und Verordnungen vorgesehen war, vorausgesetzt, daß diese Verordnungen sich nicht im Gegensatz befinden zu den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Dementsprechend werden im Saargebiet Disziplinarräte errichtet."

Auf Grund dieser Bestimmungen führte die Beamtenschaft monatelange Verhandlungen wegen ihrer Uebernahme mit der Regierungskommission. Die Verhandlungen wurden Ende Juli ergebnislos abgebrochen. Genau so ergebnislos, wie jetzt die monatelangen Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung wegen der Zukunft des Saargebiets. Es blieb nach dem Scheitern der Verhandlungen den Beamten nichts weiter übrig, als es abzulehnen, noch weiter Dienst für die Regierungskommission zu tun, d. h. die Arbeit niederzulegen. Das geschah vom 5. auf den 6. August, nachts um 12 Uhr. In einer Erklärung, die die Beamtenschaft der Presse übergab, heißt es:

„Wenn wir hier zu dem Ausgang der Verhandlungen über das Beamtenstatut nochmals das Wort ergreifen, dann stellen wir zunächst ausdrücklich fest, daß uns dabei keinerlei nationalistische Gründe leiten, daß wir nicht die Absicht haben, die Souveränität der Regierungskommission anzutasten, daß wir in keiner Weise daran denken, gegen die Friedensbestimmungen Sturm zu laufen.

Wir wollen, entsprechend dem § 23 der Anlage zu Artikel 50 der Friedensbedingungen, nur unsere Rechte gewahrt wissen. Wir wollen mindestens den Zustand, wie er am 11. November 1918 be-

stand, erhalten wissen. Wir wollen uns in keiner Weise die im übrigen Deutschland eintretenden Verbesserungen abschneiden lassen. Wir wollen aber unter allen Umständen keine Verschlechterung des bestehenden Rechtes.

Wir haben nichts zu tun mit Unruhestiftern, Rebellen, Demagogen und etwa plünderndem Gesindel.

In welcher Weise hat nun die Regierungskommission diesen Kampf heraufbeschworen? Sie hat unsere bestehenden Rechte angetastet, hat Verbesserungen in den wichtigen Punkten nicht nur verweigert, sondern obendrein Verschlechterungen eingeführt.

Mit der Regierungskommission sind seit Monaten Verhandlungen im Gange. Diese wurden von unserer Seite durchaus sachlich und entgegenkommend geführt. Die Regierungskommission hat ihrerseits den Vertetern der Beamtenschaft mündlich gegebene feierliche Versprechungen gemacht, sie hat schriftliche Zusagen gemacht, in denen sie die mündlichen Versprechungen zum größten Teil übergangen hat und schließlich auch in den Verhandlungen die schriftlichen Zugeständnisse nicht gehalten.

Die Regierungskommission hat feierlich erklärt: „Die Beamten im Saargebiet sollen sich jederzeit mindestens ebenso gut stehen wie die Beamten im übrigen Deutschland."

Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Versprechungen sich auf alle Rechte bezogen, aber gerade in den wichtigsten Angelegenheiten, besonders in bezug auf die persönlichen und politischen Freiheiten und Rechte und in bezug auf die Sicherung der Lebensstellung der Beamten hat die Regierungskommission in keiner Weise die Erwartungen der Beamtenschaft erfüllt.

Die Vertreter der Beamten sind mit unendlicher Geduld bis zum letzten Augenblick bestrebt gewesen, einen Weg der Verständigung zu finden. Sie haben die Verhandlungen nicht abgebrochen, trotzdem ihnen bei den wichtigsten Fragen wiederholt jede weitere Diskussion untersagt wurde. Sie haben es hingenommen, daß, nach stundenlangen Verhandlungen über Einzelheiten des Status, die Regierungskommission immer wieder sich über alle Einwendungen mit der Erklärung hinweggesetzt hat: „Wir haben abgestimmt, der Text der Regierungskommission bleibt bestehen."

Die Regierungskommission hat das Bestreben verfolgt, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die bestehenden Organisationen im Saargebiet mit Organisationen außerhalb des Saargebiets in Verbindung bleiben oder in Verbindung treten. Sie hat noch in letzter Minute untersagt, dies ohne ihre Genehmigung zu tun. Ob sie die Genehmigung erteilen wird oder nicht, das steht ganz in ihrem Belieben. Die Regierungskommission hat durch erhebliche Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes für die Beamten einen unerträglichen Ausnahmezustand schaffen wollen. Ein Beamtenstand aber, der so entrechtet ist, wie es das Regierungsstatut vorsieht, ist eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung des Saargebiets.

Die Regierungskommission, die das Saargebiet zu treuen Händen des Deutschen Reiches verwalten soll, hat sich wiederholt Rechte zugelegt, die die deutsche Regierung nie gehabt hat, die also auch der Regierungskommission selbst nach den Friedensbedingungen unmöglich zustehen können.

Was hier mit den Beamten geschehen soll, das kann morgen oder übermorgen jeder anderen Klasse des werktätigen Volkes in derselben Weise und mit derselben Begründung auferlegt werden. Der Ausgang von anderen Verhandlungen, die mit der Regierungskommission von Vertretern anderer Berufskreise gepflogen worden sind, hat immer wieder dasselbe Bild ergeben wie das vorliegende.

Es bleibt kein Zweifel mehr übrig: Freiheit und Recht der Saarbevölkerung sind bedroht.

Die Regierungskommission ist nach unserer Ansicht verpflichtet, ihr Amt im Namen des Völkerbundes und im Sinne der Völkerversöhnung auszuüben und nach den Grundsätzen der Freiheit und Demokratie für das Wohl der gesamten Saarbevölkerung zu sorgen. Diese Aufgabe hat sie sich auch in ihrer wiederholten feierlichen Proklamation an die gesamte Bevölkerung zu eigen gemacht. Was in den Verhandlungen mit den Beamten zutage getreten ist, läßt alles andere erkennen, nur nicht das eine, daß die Regierungskommission auch wirklich gewillt ist, diese Aufgaben zu erfüllen.

Die Regierungskommission hat zweifellos die Macht; wir haben auf unserer Seite nichts als unser gutes Recht.

Wir sind es aber auch zweifellos uns und unserer Zukunft schuldig, uns nicht ohne Not und ohne jede andere Begründung als die Berufung auf die materielle Macht auch nur das geringste von unserem guten Recht nehmen zu lassen.

Es bleibt uns daher nach dem Scheitern der Verhandlungen nichts mehr übrig, als daß wir uns an die gesamte Saarbevölkerung wenden, uns in unserem Kampf, den wir auch um das Schicksal des Saargebiets zu führen gezwungen sind, zu unterstützen."

Sofort wurde der Belagerungszustand verhängt. Die öffentlichen Gebäude, Plätze, Brücken wurden von französischem Militär besetzt.

Haussuchungen und Ausweisungen aus dem Saargebiet begannen. Von den Beamtenführern wurden unter anderen ausgewiesen: der mit Unrecht von der Saarregierung mit ganz besonderem Haß verfolgte Staatsanwaltschaftsrat Retiene, der bisher an den Verhandlungen teilgenommen hatte, der Vorsitzende der Gemeindebeamten des Saargebiets, Bürgermeisterei-Obersekretär Schneider aus Wiebelskirchen. Er wurde nachts aus dem Bett geholt und im Auto, ohne einen Pfennig Geld, bei Ludwigshafen über den Rhein gebracht; der Vorsitzende der Bürgermeister des Saargebiets, der Vorsitzende der höheren Verwaltungsbeamten, Beigeordneter Dr. Sartorius, der Vorsitzende des Ortskartells Saarlouis, Lehrer Loyo, des Ortskartells Mittelbexbach und viele andere folgten. Von sonstigen Persönlichkeiten wurden ausgewiesen der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Bankdirektor Schmitt, das Vorstandsmitglied der Deutsch-Demokratischen Partei, Dr. med. Faber in Quierschied, der Vorsitzende des Anwaltsvereins, Rechtsanwalt Giersberg, der Verleger und mehrere Redakteure der „Saarbrücker Zeitung" usw., im ganzen, wie damals der „Neue Saar-Kurier" schrieb, in zwei Tagen allein in Saarbrücken und Saarlouis 33 Personen wegen Anschuldigung der Beteiligung an alldeutscher Wühlarbeit. Haussuchungen wurden bei vielen mißliebigen Personen vorgenommen, denen in vielen Fällen Verhaftungen folgten. So wurden zwei Redakteure der „Saarbrücker Zeitung", der Chefredakteur der „Saarbrücker Landeszeitung", Bretz, und der stellvertretende Syndikus der Handelskammer, Dr. Jacob, verhaftet. Der frühere Reichstagsabgeordnete Ollmert entzog sich seiner Verhaftung noch schnell durch die Flucht.

Am nächsten Tage erließ der französische kommandierende General folgende Proklamation:

„1. Versammlungen aller Art sind verboten. 2. Ansammlungen von mehr als drei Personen und Umzüge sind verboten. 3. Das Waffentragen ist verboten. Die Gültigkeit aller Waffenscheine ist aufgehoben. Ausnahmen können nur von den Militärbefehlshabern und von den oberen Zivil- und Militärbehörden erlassen werden. 4. Vom 8. August mittags an muß jede Person, ob Saarländer oder Ausländer, eine Ausweiskarte bzw. Legitimationspapiere bei sich tragen. 5. Fahrzeuge jeglicher Art (Kraftfahrzeuge und sonstige Fuhrwerke) werden an allen Ausgängen der Städte und Ortschaften des Saargebiets, welche an den Hauptverkehrswegen gelegen sind, einer genauen Kontrolle unterworfen werden. 6. Die Zeitungen haben sich darauf zu beschränken, Nachrichten ohne jeglichen Kommentar zu veröffentlichen. Sie sind verpflichtet, alle Verfügungen, Anschläge und Bekanntmachungen des Kommandierenden Generals zu veröffentlichen. Es ist ihnen streng untersagt, denselben irgendeine Bemerkung zuzusetzen. Jede Uebertretung dieser Verfügung wird die Einstellung des Erscheinens der Zeitung nach sich ziehen. 7. Alle öffentlichen Lokale sind vom 7. August ab um 10 Uhr abends zu schließen. 8. Vom gleichen Tage an darf von 10.30 Uhr abends niemand auf der Straße sein, wenn ihm nicht eine besondere schriftliche Genehmigung von seiten der Militärbefehlshaber oder oberen Zivil- und Militärbehörde erteilt worden ist. 9. Jedermann, welcher einem requirierten Beamten, Arbeiter oder Angestellten Unterkunft gewährt, nachdem derselbe infolge eines Requisitionsbefehls seine Wohnung verlassen hat, wird in Haft genommen. 10. Jedermann, welcher einem Fremden, der ohne ordnungsmäßige Legitimationspapiere das Saargebiet betreten hat, Unterkunft gewährt, wird in Haft genommen werden. 11. Jedermann, welcher angesichts von Abteilungen der bewaffneten Macht feindliche Rufe ausstößt, wird in Haft genommen werden. 12. Allen Arbeitern soll es ermöglicht werden, sich zu ihrer Arbeitsstätte zu begeben. Die Wachthabenden und die Führer von militärischen Abteilungen haben alle strittigen Fälle zu untersuchen, damit jeglicher Mißgriff seitens der Wachthabenden vermieden werde."

Eine Jagd auf die Beamten begann.

Die Gendarmen hatten wenig Glück! Die Streikenden hatten fast alle ihre Wohnungen verlassen; teils wohnten sie bei Verwandten oder Bekannten in der Stadt, teils hausten sie auf Heuschobern, teils flüchteten sie in die umliegenden Wälder, wo sie sich Unterstände bauten, Karten spielten (die Frauen und Kinder brachten ihnen das Essen). Ein großer Teil hatte das Saargebiet zu Fuß verlassen und Unterkommen in der Umgebung gefunden. Wo die Gendarmen einen Unvorsichtigen erwischten, wurde er zur Arbeitsstätte mitgenommen, und weigerte er sich, ins Gefängnis gesperrt, wo er nicht besonders glimpflich behandelt wurde.

Die Hauptstreikleitung, der ich vorstand, wurde von den Franzosen in der ganzen Stadt gesucht, aber vergebens. Wenn sie uns bekommen hätten, wäre es uns sicher schlecht ergangen. Wir kamen

die ganze Zeit, Tag und Nacht, nicht aus den Kleidern. Aber es ging gut.

Das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Minister Alfred von Boch, erklärte sich mit den Streikenden solidarisch. Er wurde beim Präsidenten vorstellig, um ihn zu bewegen, die Forderungen der Beamten anzunehmen. Als dies zurückgewiesen wurde, legte er telegraphisch beim Völkerbund sein Amt nieder. In einer längeren Schrift an den Völkerbund rechtfertigte er seinen Schritt und bat um eine unparteiische Untersuchung der Vorgänge im Saargebiet. Der Völkerbund lehnte es ab und ernannte den berüchtigten Bürgermeister von Saarlouis, den praktischen Arzt Dr. Hector, zu seinem Nachfolger.

Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen bemühten sich um eine Vermittlung zwischen den Beamten und der Regierungskommission. Die Regierungskommission erklärte sich, nach anfänglichem Sträuben, zu weiteren Verhandlungen bereit, wenn die Beamten am 14. August die Arbeit wieder aufnehmen würden. Die Beamten erklärten sich dazu bereit. Zum Zeichen, daß die gesamte Saarbevölkerung hinter den Beamten stehe, wurde für den 13. August ein 24stündiger Generalstreik beschlossen.

Ueber den Verlauf des Generalstreiks am Freitag schrieb damals ein Berichterstatter: „Der Generalstreik gestaltete sich in der Tat zu einer lückenlosen Demonstration. Das Land sah aus wie Berlin während der Kapp-Tage. Wenige Stunden nach der Ausgabe der Parole rauchte kein Schlot mehr, nur die Notstandsarbeiten wurden verrichtet, alle Läden waren geschlossen, sogar die Gasthäuser stellten den Betrieb ein. Es war nicht leicht, irgendwo ein Mittagbrot zu finden."

Am 14. August wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Kurze Zeit darauf mußte auch ich das Saargebiet verlassen. Mit mir noch der Vorsitzende der saarpfälzischen Beamten, Bahnverwalter Leibrock, Homburg (Pfalz), der mit seinen saarpfälzischen Beamten Schulter an Schulter mit den anderen Saarbeamten treu gekämpft hatte, die Vorsitzende der Post- und Telegraphenbeamtinnen des Saargebiets, Frl. Raedig, Ober-Telegraphensekretär Leonhard, zwei höhere Gerichtsbeamte, mehrere Postbeamte in Saarlouis, mehrere Polizeibeamte usw.

Damals schrieb ich:

„Was wird die weitere Entwicklung bringen? Werden im Saargebiet während der fünfzehn Jahre, währenddem der Völkerbund das Gebiet zu treuen Händen des Deutschen Reiches von einer Regierungskommission verwalten läßt, für die Beamten und damit auch für die gesamte Bevölkerung erträgliche Verhältnisse eintreten? Wer kann es wissen? Notwendig wäre es aber für das treudeutsche, arbeitsame Volk an der Saar! Und dazu beitragen kann in erster Linie die Regierungskommission selbst, vor allem der Präsident, Staatspräsident Rault, am allermeisten. Dazu gehört nur, daß man sich in die Seele der Saarbevölkerung ein klein wenig eindenken lernt. Man kann nicht ein Volk, das die deutsche Sprache spricht, das politisch, wirtschaftlich, kulturell mit dem Deutschen Reich verwachsen ist, zu einem international orientierten Volke in einem international orientierten Arbeiterstaate machen, wie ein hoher saarländischer Regierungsbeamter nach Beendigung des Beamtenstreiks einem Berichterstatter erklärte. Das geht nicht!"

10 Jahre sind seitdem verflossen. Von den damaligen Mitgliedern der Saarregierung amtiert heute keines mehr. Der Präsident, der französische Staatsrat Rault, ist vor einigen Wochen, 72jährig, in Paris gestorben. Der Kanadier, Bürgermeister Waugh von Winnipeg, verließ bald nach dem Streik das Saargebiet, weil er die französische Politik im Saargebiet nicht mehr mitmachen wollte. Der Däne, Graf Moltke-Huitfeld, verließ im Jahre 1922 und der Belgier, Major Lambert, im Jahre 1928 das Saargebiet.

Haben die Verwalter des Saargebiets in den 10 Jahren etwas gelernt? Haben sie in den 10 Jahren die Seele des Saarvolks erkannt? Sind in den 10 Jahren erträgliche Verhältnisse für die deutschen Saarbeamten, für die deutsche Saarbevölkerung eingetreten?

Es mag manches besser geworden sein, aber auch heute noch traut man der Saarbevölkerung nicht, sonst hätte die Regierungskommission nicht beschließen können, auch jetzt noch einen Teil des militärischen Bahnschutzes im Saargebiet zu belassen.

Heute, wie vor 10, wie vor 12 Jahren und, wenn es sein muß, auch noch in 5 Jahren steht die Beamtenschaft, steht die deutsche Saarbevölkerung zum Deutschen Reich. Dem hat der jetzige Vorsitzende des Beamtenbundes des Saargebiets, Rektor Schneider, auf der Befreiungsfeier des Deutschen Beamtenbundes am 13. Juli in Mainz begeisterten Ausdruck gegeben, als er sagte:

Im ganzen Saarland besteht nur ein einziger Wunsch:

Zurück zum Reich!

Und nichts kann uns hierin wankend machen, keine noch so schöne Lockung aus dem Westen, auch keine noch so große Not im Osten.

Wir wissen, daß uns bei unserer Rückkehr nicht eitel Freude und Wonne erwarten. Wir nehmen, wenn's sein muß, Notopfer und Steuern, Abbau und neue Reparationen auf uns und helfen mittragen und helfen mitleiden.

Mag's zur Zeit auch noch so trostlos scheinen, bei Ihnen und bei uns, wir wissen, auch das geht wieder vorüber. Gerade Ihre heutige Befreiungsstunde gibt uns neuen Mut, stärkt in uns den Glauben an die endliche Befriedung der Welt, läßt uns — trotz allem — hoffen, daß auch für unsere Saarheimat die Stunde nicht mehr fern sein wird, da auch wir wieder atmen dürfen aufs neue die Luft im Vaterland."

Was Frankreich in Versailles erstrebte.

Rede des Landesratsabgeordneten und Pfarrers Wilhelm-Wehrden,

gehalten auf der großen Grenzlandkundgebung des Verbandes katholischer Beamten-Vereine Deutschlands im Stadtpark Ludwigsberg in Saarbrücken am 11. August 1930.

Wenn man vor den Delegierten des Verbandes katholischer Beamtenvereine, die aus allen Teilen des Deutschen Reichsgebiets hier zu ihrer Jahrestagung zusammengekommen sind, über das Grenzland, das „Saargebiet" heißt, sprechen soll, so muß man an den Ausgangspunkt dieses politischen Gebildes, an seine Quelle herangehen.

Dann stößt man auf den Vertrag von Versailles. Dieser Vertrag ist ein ewig trauriges und häßliches Kapitel der Weltgeschichte.

Die Väter des Versailler Vertrages nannten ihr Werk „Vertrag". Zu Unrecht. Denn es ist ein brutales Diktat, aufgezwungen einem heldenmütigen Volk, das aus tausend Wunden blutend am Boden lag und das in seiner sprichwörtlichen Naivität auf die vielgepriesene Rechtlichkeit und Menschlichkeit der Siegervölker sein Vertrauen setzte.

Die Väter des Versailler Vertrags nannten ihr Werk sogar „Friedensvertrag". Dieser Friedensvertrag hat aber in Ost und West, in Nord und Süd unseres Vaterlandes Zustände geschaffen, die einfach unhaltbar und undurchführbar sind.

Es ist ein Friedensvertrag, der die natürlichen und gewordenen Lebensbedingungen und Lebensgesetze der Organismen skrupellos ignoriert; es ist ein Friedensvertrag, der lediglich fußt auf der Gewalt; es ist ein Friedensvertrag, der in erster Linie strategische, militärische und in zweiter Linie kapitalistische Interessen der Sieger im schlimmsten Ausmaße im Auge hat; es ist ein Friedensvertrag, bar jeder politischen und wirtschaftlichen Vernunft, kurz, ein Friedensvertrag, der, um es einmal christlich auszudrücken, den Herrgott und seine natürlichen und moralischen Gesetze schnöde mißachtet hat.

Daher kommt es, daß dieser Vertrag keinen Frieden gebracht, sondern nur Streit und Erbitterung und neues Elend in Permanenz gezeugt hat. Denn eine dauernde Friedensordnung, ohne Gott und ohne Christentum gibt es nicht, am allerwenigsten unter Ländern und Völkern.

Und wenn immer wieder mit Leidenschaft die Frage nach dem großen Schuldigen an der herrschenden Notlage in Deutschland und besonders in den Grenzgebieten aufgeworfen wird, dann ist es zwecklos, immer nur einzelne Personen oder Personengruppen zu beschuldigen.

Die Erkenntnis muß vielmehr Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Hauptschuld auf das Konto des Versailler Vertrages zu setzen ist. Man darf ruhig sagen: Der Versailler Vertrag sollte nach dem verlorenen Kriege dem deutschen Volk den Rest geben.

Ich sehe in diesem Friedensvertrag nur ein groß angelegtes Instrument zur Versklavung Deutschlands, eine scheußliche Ausgeburt menschlichen Hasses, die den Prinzipien jeglicher Moral und Gerechtigkeit widerspricht. Wie hat man gegen das alte „unzivilisierte" und „barbarische" Deutschland gezetert! Und manche horchten gläubig auf bei

den heuchlerischen Phrasen von Freiheit, Recht, Selbstbestimmung und Demokratie, die man dem deutschen Volke bringen wolle. Und als es am Boden lag, da wandte sich das Blatt, da beging man die größte Barbarei, um das besiegte Volk für immer ohnmächtig zu machen. Deshalb wird auch kein Friede sein, bis die Völker erkennen, daß dieser Vertrag mit all seinem Gefolge von Enttäuschung, Mißtrauen und Erbitterung ersetzt wird durch eine wirklich friedliche Regelung ihrer Beziehungen im Wege der Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Liebe. Dann erst ist auch die Bahn frei für Paneuropa und Weltfriede.

Wir hier im Saargebiet sind in einer besonderen Weise mitten in die Auswirkungen des V. V. hineingestellt. Das Saarland ist geradezu ein Produkt, eine Frucht desselben.

Die Saarbevölkerung steht zwar loyal auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse und fügt sich den Tatsachen. Aber sie kann den Machtspruch von V. nie billigen. Als Christen haben wir sogar die sittliche Pflicht, ihn mit allen Mitteln des Rechts zu bekämpfen, weil er Volkstum und Christentum gleichmäßig schädigt und die Hauptschuld trägt an dem ungeheuren Anwachsen des Radikalismus in den werktätigen Massen durch das wirtschaftliche Elend. „Ein schlechter Baum kann nicht gute Frucht bringen." Betrachten wir des näheren die Früchte des Vertrages im Saargebiet.

Man hat uns politisch abgeschnitten vom Deutschen Reich. Das Ziel war, wie anderswo, Deutschland durch Gliedamputation zu dezimieren und entkräften. Nach dem Willen der Bevölkerung hat man nicht gefragt. Ein Hohn auf das hochgerühmte Selbstbestimmungsrecht. Man hat auf Grund der Lüge von den 150000 Saarfranzosen „dekretiert". Eigentlich wollte Frankreich das Saargebiet, nach dessen Schätzen es schon seit Jahrhunderten lüstern war, gewaltsam annektieren. Darüber läßt die Geschichte des V. V. keinen Zweifel. Der Plan scheiterte am Widerstand anderer Mächte. Nun sollte die Annexion auf friedlichem Wege in der Form der Durchdringung und der Assimilierung erfolgen mit Hilfe der Zeit, die ja bekanntlich alle Schmerzen lindern soll.

Wenn das Saargebiet dann in 15 Jahren reif geworden sei für den Anschluß an Frankreich, dann, so redete sich Interesse und nationale Eitelkeit ein, werde es vom Rechte der Selbstbestimmung, das man ihm anfänglich verweigerte, schon den richtigen Gebrauch machen und über sein ferneres Schicksal durch Abstimmung im gewünschten Sinne entscheiden.

Jetzt verstehen wir das „Saarstatut", d. h. jene Bestimmungen des V. V., die das Saargebiet betreffen. Daher die Einsetzung einer Regierungskommission durch den Völkerbund mit ihrem komplizierten, umfassenden und in alle Gebiete des privaten, kommunalen und öffentlichen Lebens hineingreifenden Verwaltungsapparat unter der Hegemonie Frankreichs. Bemerkenswert ist es, daß diese Regierungkommission nur einen Saarländer als Mitglied zählt, während die andern Ausländer sind: Engländer, Finne, Tscheche, Franzose.

Daher, d. h. um das Saargebiet zu entdeutschen, die Beseitigung und Landesverweisung der „unliebsamen" Elemente, besonders von führenden Persönlichkeiten und Beamten, die doch kein anderes Verbrechen begangen hatten, als ihrem Land und Volk die Treue gehalten zu haben.

Daher die Aneignung der Gruben und ihrer Anlagen, die dem französischen Staat unterstellt wurden, nicht bloß zur Schadloshaltung für Verlust und entgangenen Gewinn während des Krieges, sondern auch, um den wichtigsten und stärksten Berufsstand der Bergarbeiter dem französischen Arbeit- und Brotgeber auszuliefern. Im Zusammenhang damit steht die Gründung des famosen „Saarbundes", jener frankophilen Organisation zur geistigen und wirtschaftlichen Erfassung der deutschen Bergarbeiter.

Daher die Beseitigung der deutschen Währung, die man im Sommer 1923 unter kluger Ausnutzung des Inflationselends abschaffte und die französische Währung gesetzlich einführte, freilich gegen den Willen der Volksvertretung.

Daher die Eingliederung des Saargebietes in das innerfranzösische Zollgebiet, so daß Deutschland zum Zoll-Ausland wurde.

Daher die Einführung einer besonderen saarländischen Staatsangehörigkeit, der sogenannten „Saareinwohnerschaft".

Daher die besondere Gestaltung der laarländischen Steuergesetzgebung und überhaupt der Gesetzgebung, vorab in den ersten Jahren, die manchmal nur zu deutlich nach französischen Mustern arbeitete und den französischen Interessen auf den Leib geschnitten war, trotz gegenteiliger Bemühungen des Landesrats, der allerdings nach dem V. V. nur begutachten kann, ohne mitbestimmender Gesetzesfaktor zu sein.

Diese Volksvertretung hat überhaupt wenig parlamentarische Rechte.

Und wenn dennoch der Landesrat teils auf dem Umweg über die Genfer Delegationen, teils durch parlamentarische Arbeit Bedeutendes für die deutschen Belange erreicht hat, so ist dieses nur seiner zähen Energie und seinem unausgesetzten Drängen zuzuschreiben.

Die Absichten des V. V. werden uns erst recht klar, wenn wir auf der ganzen Linie die Begünstigung bezw. Umstellung des Handels, des Verkehrs, der Wirtschaft nach dem Westen hin beobachten können.

Last not least — wären zu erwähnen die Assimilierungsversuche auf kirchlichem und kulturellem Gebiet.

Man versuchte französischerseits ernsthaft, das Saargebiet aus dem kirchlichen Verband der Bistümer Trier und Speyer herauszunehmen. Die Bestrebungen scheiterten an der ablehnenden Haltung des Apostolischen Stuhls, an dem Widerstand der betreffenden Bischöfe und an der spontanen und einmütigen Abwehraktion des Klerus. Ueberhaupt darf der Saarklerus für sich in Anspruch nehmen, daß er die kirchlichen und die deutschen Interessen der Bevölkerung kräftig und pflichtbewußt geschützt hat.

Nicht zu vergessen die französischen Schulen, deren Gründung sich Frankreich im V. V. ausbedungen hat, um den esprit français auch schon in die Kinderwelt hineinpflanzen zu können.

Nach vorübergehenden größeren Erfolgen in den ersten Jahren hat die französische Schulpropaganda ein Fiasko erlebt. Die Bevölkerung hat keine Sympathie für diese Schule, die offensichtlich im Dienste des französischen Kulturimperialismus steht. Neuerliche Versuche, diesen Schulen durch „Galvanisierung" aufzuhelfen, haben auch wenig Erfolg.

Die französische Schule ist und bleibt ein schwaches Kind, das nicht recht leben kann, aber auch nicht in Schönheit sterben will, und das deshalb mit allerlei Leckereien (mitunter auch Drohungen) im Wachstum gefördert werden soll.

Rühmend hervorzuheben ist die entschiedene Haltung der deutschen Lehrerschaft, die sich nicht als Vorspann für ausländische Kultur- und Schulinteressen gebrauchen ließ.

Sie fragen mich nun vielleicht: Was hat denn Frankreich in den 10 Jahren im Saargebiet erreicht? Auf wirtschaftlichem Gebiet große Gewinne für den französische Staat (Ausbeutung der Gruben!) und den französischen Markt, so große Gewinne, daß die dadurch geweckte Profitsucht der Franzosen die Schuld am Scheitern der Saarrückgliederungsverhandlungen trägt und auch in der Zukunft eine bedeutende Rolle bei der Lösung der Saarfrage spielen wird. Die deutsche Wirtschaft des Saargebietes ringt schwer. Auch bei ihr herrscht Niedergang, steigende Arbeitslosigkeit, Kapitalnot. Man hat ihr die Lebensadern nach den deutschen Märkten und Absatzgebieten unterbunden, so daß der ganze Wirtschaftskörper an Blutarmut und Entkräftung leidet. — Auf kulturellem Gebiet hat Frankreich keine Beute gemacht im Saargebiet. Der Mißerfolg der französischen Schule und ähnlicher Kultureinrichtungen, wie Presse, Theater, Kurse, gesellschaftliches Leben, spricht hier eine deutliche Sprache.

Und auf nationalpolitischem Gebiete: bisher nichts. Und die Abstimmung im Jahre 1935 wird den endgültigen Beweis bringen, daß der Saarländer, wenns gilt, niemals sein Deutschtum für ein „Linsengericht" verkauft, selbst wenn dieses noch so appetitlich zubereitet wäre. Im Saarländer lebt eine aufrichtige, große und tiefe Liebe zum deutschen Volke.

Frankreich täuscht sich gewaltig, wenn es dies übersieht. Wie der Franzose Nationalgefühl genug besitzt, um seinem Land die Treue zu halten, auch wenn es diesem schlecht gehen sollte, genau so wird auch der Saardeutsche Nationalstolz genug besitzen, um jede Versuchung nichtswürdiger Untreue abzuwehren.

Der Saarländer ist freilich kein Nationalist, auch der katholische Beamte nicht; davor bewahrt ihn seine Glaubens-

Nicht nur Rhein, sondern auch jetzt Saar und Rhein werde frei!

überzeugung. **Er ist einfach und schlechthin deutsch, deutsch** aus seiner christlichen Weltanschauung, deutsch aus Pflicht und Gewissen. Auch seine Haltung gegenüber dem Staat, der in schwerster Notzeit durch die Verfassung von Weimar geschaffen worden ist, ist verwurzelt in seiner Weltanschauung. Gerade die saarländischen Beamten haben hier eine Mission zu erfüllen. Frei von jedem überhitzten Nationalismus, aber auch frei von jedem ungesunden Internationalismus, der ausländischen Seifenblasen und Utopien nachjagt zuungunsten und auf Kosten seiner Volksverbundenheit, müssen Herz und Sinn des saarländischen Beamten nach Deutschland gerichtet sein, so daß er den deutschen Gedanken freudig bejaht und ihm auch äußerlich, soweit möglich, Ausdruck verleiht. Das Volk muß wissen, daß der Beamte hier auf seiner Seite steht; denn der Beamte gehört zum Volke und leistet Dienst am Volke. Der katholische Beamte des Saargebietes hat auf vorgeschobenem Posten wertvolle Güter zu hüten und zu schützen. Möge diese Verbandstagung diese Erkenntnis in allen Mitgliedern lebendig machen, damit sie sich auswirke zu fruchtbarer Arbeit für Religion, Volk und Vaterland!

Kleine Tageschronik

Weihe der Krieger-Gedächtniskapelle „Maria-Frieden" auf dem Schaumberg.

Auf der höchsten Landmarke des Saargebiets, der 57 Meter hohen Kuppe des Schaumberges bei Tholey, erhebt sich jetzt die weithinragende Krieger-Gedächtniskapelle „Maria-Frieden", die der Erinnerung an die im Weltkrieg Gefallenen des Saargebiets gewidmet ist. Rund 20 000 Männer und Jünglinge sind es, die, aus allen Ortschaften des Saargebiets stammend, ihr Leben ließen im Kampfe um den Schutz der gefährdeten Heimat und unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes. Es ist eine historische Stätte, an der wir hier stehen, die im Wandel der Zeiten Krieg und Frieden vorüberrauschen sah, und die Trümmer der alten, einst stolz die umliegende Landschaft beherrschenden Schaumburg erzählen uns heute von den Verheerungen, die die Eroberungssucht der Kriegshorden der französischen Revolution um die Wende des 18. Jahrhunderts auch in diesen Landstrich hineintrug. Noch unmittelbar vor dem Weltkrieg stand man im Begriffe, auf der hohen Warte des Schaumbergs einen Aussichtsturm zu errichten, von dem aus sich ein weiter Rundblick in das Land hinaus eröffnen sollte. Wie eine Tragik mutet es heute am Tage der Weihe des Gedächtnismales rückblickend an, daß just an dem Tage, an dem feige Mordbuben am 29. Juli 1914 durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers zu dem wenige Wochen darauf ausbrechenden Weltkriege die Brandfackel anzündeten, der Grundstein zu dem Aussichtsturm gelegt wurde. Wohl schritt der Bau zunächst noch rüstig voran, doch mußten die Arbeiten infolge der Einwirkungen des Krieges bald eingestellt werden. Zu den alten Ruinen auf dem Berge gesellte sich eine neue, der Plan der Fortsetzung des Baues konnte nicht wieder aufgegriffen werden. Als im Jahre 1925 in den Kreisen der Katholiken der Wunsch nach einer Gedächtniskapelle sich regte, um der im Weltkriege Gefallenen im stillen Gebete zu gedenken, entschloß man sich, als Platz die Höhe des Schaumberges zu wählen. Das saarländische Mitglied der Regierungs-Kommission, Herr Bartolomäus Koßmann, stellte sich an die Spitze des Bauvereins, der freiwillige Gaben für den Bau sammelte, und Herrn Koßmanns Vermittlung ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die Regierungs-Kommission einen beachtlichen Zuschuß zu dem Gedächtnisbau beisteuerte. Zur Ausführung bestimmt wurde ein Entwurf des Architekten Gombert-Saarbrücken, der den alten Plan der Errichtung eines Aussichtsturmes mit dem Kapellenbau verschmolz und glücklich zur Lösung brachte. Der jetzt vollendete Bau ist als trefflich gelungen zu betrachten. Das weite Untergeschoß birgt in sich den Raum zu der imposanten Halle der Gedächtniskapelle, über die hinauf in zwei Ansätzen nach oben sich verjüngend der Turm sich gliedert, der die stattliche Höhe von 37 Metern aufweist. Die Stirnseite des Baues zeigt ein 10 Meter hohes Kreuz mit der Gestalt des Heilands. Alles an dem Bauwerk ist schlicht und einfach gehalten und wirkt in seiner klaren Linienführung wuchtig. Die Grundmauern des angefangenen Turmbaues aus dem Jahre 1914 konnten bei dem Bau noch mit verwendet werden. Die Einweihung der Kapelle gestaltete sich zu einem Weihetage für die katholische Bevölkerung des Saargebiets. Hohe geistliste Würdenträger, an ihrer Spitze der hochwürdige Herr Bischof Dr. Bornewasser aus Trier, sowie zahlreiche katholische Korporationen nahmen daran teil. Mit Herrn Koßmann waren auch die übrigen Mitglieder der Regierungs-Kommission, mit Ausnahme des abwesenden Präsidenten Wilton, erschienen. Nach einem Pontifikalamt in der Kirche zu Tholey nahm Bischof Dr. Bornewasser die kirchliche Weihe der Kapelle vor. Als Vorsitzender des Bauvereins wertete Herr Koßmann bei seiner Begrüßung der gesamten Teilnehmerschaft die Teilnahme seiner Kollegen aus der Regierungs-Kommission an der Ehrung für die deutschen Kriegsgefallenen als den Ausdruck einer pietätvollen Gesinnung und sprach auch den Dank für die finanzielle Unterstützung aus, die die Regierungs-Kommission dem Bau dieses deutschen Kriegerehrenmals gern und freudig hätte zuteil werden lassen. Auf die wohl oft gestellte Frage, warum man hier ein religiöses Kriegerdenkmal erbaut habe, sei kurz zu antworten, daß damit der letzte Wille zahlloser Gefallener erfüllt worden sei, der darin bestanden habe, daß man nach ihrem Tode für sie bete. Deshalb habe man nichts anderes bauen können, als eine katholische Kriegergedächtniskapelle, in der wir das Andenken an die Gefallenen feiern durch das heilige Meßopfer, nicht für die katholischen Gefallenen allein, sondern für alle, ja für alle! Die Kapelle, die der Gottesmutter geweiht sei, solle auch ein Denkmal des Friedens sein. Es folgten noch mehrere Ansprachen, sowie feierliche Choralmusik, die den Weiheakt umrahmte. Tausende und Abertausende umlagerten die Höhe des Schaumberges und nahmen an dem Weiheakt teil. Ernst aber grüßt in die Lande hinein der mächtige Turmbau, der viele hinaufführen wird zu der Höhe des Schaumberges, um hier, angesichts der erhebenden Natur, den teuren Toten ein stilles Gedenken zu widmen.

—r.

Nur Francs!

Der erste Eindruck, den Reisende aus Deutschland in Saarbrücken erhalten, ist oft nicht gerade der günstigste. Weniger Schuld tragen daran die nicht idealen Bahnhofsverhältnisse, die Gebäulichkeiten um den Bahnhofsvorplatz oder das grimme Gesicht des thronenden Verkehrsschutzmannes, Schuld daran trägt zum überwiegend größten Teil der Straßenbahnschaffner. Der Deutsche aus dem Reich, der mit Fug und Recht von dem treuen Deutschtum der Saarbevölkerung überzeugt ist, wird durch das Verhalten vieler Straßenbahnschaffner fast veranlaßt, seine gute Meinung, die er vom Saargebiet mit nach Saarbrücken gebracht hat, zu revidieren.

Er will nach St. Arnual dem Ostviertel oder Burbach fahren, selbstverständlich mit dem einfachsten und dem Durchschnittsmenschen vertrautesten Verkehrsmittel, der Straßenbahn. Zwei, drei Koffer werden auf die Plattform gestemmt, er in Schweiß gebadet hinterher. Nach zwei Haltestellen naht schon das Verhängnis in Gestalt eines Straßenbahnschaffners. Der Reichsdeutsche zückt seine mit Silbermark (oder Goldmark?) und Pfennig gefüllte Geldkatze und will zahlen, d. h. möchte gern zahlen für zwei, drei Koffer und sich selbst.

Ein mißtrauischer Blick des Schaffners: was Mark? — — Nur Franken! Und der Streit beginnt, dessen am häufigsten sich wiederholende Redewendungen sind „. . . . . nur Franken . . ." und „. . . . . nicht gewußt haben und gern mehr zahlen. . . ." Ein ausnehmend gütiger Schaffner läßt vielleicht mit sich reden, die große Mehrzahl beharrt aber stereotyp auf ihrem Standpunkt „nur Franken!"

Das Endergebnis: entweder es findet sich eine mitleidsvolle Seele unter den Fahrgästen, die die Plattform der Straßenbahn zur Wechselstube macht und das deutsche Geld umtauscht, oder der Markbesitzer samt seinen Koffern muß die Straßenbahn wieder verlassen; mit anderen Worten: entweder er ist dankbar und atmet erleichtert auf oder krakelt (berechtigterweise) und nimmt sicherlich den „besten Eindruck" mit nach Hause.

Die Moral: es gibt, — wenn auch nur wenige — Leute im Saargebiet, die solche Szenen mit Genugtuung und hämischer Freude verfolgen und schon oft verfolgen konnten. Es gibt aber viele, viele andere, die verbittert, verärgert und empört diese unerquicklichen Intermezzis beobachten müssen.

Die Lehre: vielleicht, oder besser, hoffentlich wird bald Wandlung geschaffen. Eine Reichsmark sind immer noch rund sechs Franken und 10 Pfennig 60 Centimes. Was jedes Geschäft, jeder Verkäufer kann, das können bestimmt auch die Straßenbahn und die Straßenbahnschaffner.

W. H.

** **Der Bund der Holtzendorffer,** der etwa 1000 Angehörige des ehem. Feldart.-Regts. von Holtzendorff (I. Rhein.) Nr. 8 und seiner Kriegsformationen (Res. Feldart.-Regt 16 usw.) vereinigt, teilt uns mit, daß die Geschichte des Regiments, verfaßt von Oberstlt. a. D. Sommerbrodt und Major a. D. Birck unter Mitwirkung anderer Offiziere, ihrer Vollendung entgegengeht und demnächst erscheinen wird. Der Preis des ausführlichen und mit vielen Bildern schön ausgestatteten Werkes wird sich auf höchstens 13,— RM. belaufen. Ferner ist die Errichtung eines Ehrenmals für die gefallenen Kameraden in Saarlouis beschlossen. Enthüllung mit Wiedersehensfeier 1931. Bestellungen und Anzahlungen auf die Regimentsgeschichte, sowie Spenden für den Denkmalsbau werden erbeten an den Bundesschriftführer Kamerad Franz Bäthig, Coswig i. Anh., Breiterweg 10, auf dessen Postscheckkonto Magdeburg 14441. An die gleiche Adresse sind Anträge zur Aufnahme als Bundesmitglied zu richten.

Saarbrücken. Dem Verein ehemaliger 97er ist auf sein anläßlich seiner Fahnenweihe an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtetes Huldigungstelegramm folgende Antwort zugegangen: „Sehr geehrte Herren! Nehmen Sie meinen aufrichtigen Dank für Ihre treuen Grüße, die ich kameradschaftlich erwidere. v. Hindenburg."

Völklingen. Ihr 20jähriges Stiftungsfest beging hier die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz. In welch großem Umfange die Kolonne hier ihren Dienst in der Nächstenhilfe ausübt, beweist der Umstand, daß sie in diesem Jahre bereits in 273 Fällen die erste Hilfeleistung ausübte und in 27 Fällen die Krankenwache übernahm. — Ein schweres Unglück, dem Bergleute aus dem Saargebiet zum Opfer fielen, ereignete sich auf der benachbarten lothringischen Grube „La Houve" bei Kreutzwald. Hier stieß ein Belegschaftszug mit einem Kohlenzug in voller Wucht zusammen. Der Spitzenwagen des von der Lokomotive geschobenen Belegschaftszuges wurde vollständig zusammengedrückt. Dabei wurden fünf Bergleute getötet, 26 schwer und 20 leichter verletzt. Die Verunglückten stammen zumeist aus dem Primsthale. Von seiten des preußischen Handelsministeriums wurde aus Anlaß des Unglücks ein Beileidstelegramm an die Regierungs-Kommission gesandt.

Hostenbach. Dem Hüttenarbeiter Reinhold Rinkenbach von hier, der unter eigener Lebensgefahr einen jungen Mann vom Tode des Ertrinkens in der Saar rettete, wurde vom Präsidenten der Regierungs-Kommission ein Anerkennungsschreiben sowie eine Geldspende von 200 Franken übermittelt.

Jägersfreude. Unter großer Anteilnahme der hiesigen Einwohnerschaft wurde der Lehrer Wilhelm Stumm zu Grabe getragen. Der Verstorbene hat 40 Jahre hindurch als erster evangelischer Lehrer hier in Schuldiensten gestanden und hat sich als Erzieher der Jugend wie als Mensch die allgemeine Hochschätzung seiner Mitbürger erworben.

Dudweiler. Im Alter von 80 Jahren ist hier der Fabrikant Wilhelm Bengsch gestorben. Der Verstorbene gründete hier Anfang der siebziger Jahre eine Rolladenfabrik, die er zu einer gewissen Höhe zu führen vermochte. Als langjähriges Mitglied unserer Gemeindevertretung hat er sich auch Verdienste um das Wohl der Gemeinde erworben.

Gernitz. In der französischen Verwaltung der hiesigen Grube soll man größeren Unterschlagungen auf die Spur gekommen sein, es wird von einer Summe von 70- bis 80 000 Franken gesprochen. Die Untersuchung ist eingeleitet, auch sollen im Zusammenhange damit schon Versetzungen und Entlassungen der Schuldigen zu erwarten stehen.

Hühnerfeld. Gelegentlich des 40jährigen Jubelfestes des hiesigen Kriegervereins wurden die Kameraden Karl Schaumlöffel und Willy Eifler für ihre Verdienste um das Kriegervereinswesen durch Verleihung des Ehrenkreuzes zweiter Klasse ausgezeichnet. — Die hiesige freiwillige Sanitäts-Kolonne vom Roten Kreuz beging die Feier ihres 30jährigen Bestehens. Im Jahre 1900 wurde sie als eine Abteilung unseres Kriegervereins gegründet und wurde 7 Jahre später in eine dem Roten Kreuze angegliederte selbständige Sanitäts-Kolonne umgewandelt. Heute unterhält die Kolonne sechs Verbandstellen und eine Verleihstelle für Krankenartikel. —

Dillingen. Der hiesige Gardeverein, der schon vor dem Kriege bestanden hat, in der Nachkriegszeit aber eingegangen war, wurde bei einer Zusammenkunft ehemaliger Gardisten wieder ins Leben gerufen. Ueber 30 Mitglieder schlossen sich dem Vereine wieder an. — Der hier im Verlage von Jakob Emmerich erscheinende „Dillinger Anzeiger" beging das Jubiläum seines 25jährigen Erscheinens, aus welchem Anlaß der Verlag eine beachtliche Festnummer herausgegeben hat.

Ensdorf. Hier wurde ein Verein ehemaliger 172er gegründet. An der Spitze des provisorischen Vorstandes steht Kamerad Schneider-Schwalbach.

Derlen. Zur letzten Ruhe beigesetzt wurde hier ein Kriegsveteran aus dem Feldzügen von 1866 und 1870/71, der Pensionär Matthias Speicher.

St. Ingbert. Der Mitbegründer der hiesigen Pulverfabrik, Herr Heinrich Martin, ist im Alter von 86 Jahren gestorben Noch bis in sein hohes Alter war der Verstorbene, der Seniorchef des in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelten Unternehmens war, praktisch im Betriebe tätig. Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der führend im industriellen Ausbau unserer Gemeinde gewirkt hat.

Personalnachrichten.

Hohes Alter. Seinen 91. Geburtstag beging in Saarbrücken Nikolaus Gräff aus Burbach. Die Stadtverwaltung ließ dem Hochbetagten als Geburtstagsgabe ein schönes Blumenarrangement überreichen. — In Altenwald beging der pensionierte Glasmacher Philipp Bachmann seinen 80. Geburtstag — ihren 88. Geburtstag beging die Witwe Rupp in Saarlouis — den 88. Geburtstag feierte Peter Fritzen-Schiffer in Fraulautern — den 90. Geburtstag beging Frau Göbel in Saarlouis — seinen 78. Geburtstag feierte der Leiter der bekannten St. Ingberter Bergkapelle, Kapellmeister Christian Schetting in St. Ingbert — in Heiligenwald feierte Lorenz Riehm, der sich als Gemeinderatsmitglied Verdienste um das Allgemeinwohl erworben hat, seinen 80. Geburtstag — den 86. Geburtstag beging der Hauptlehrer Litzenberger in Neunkirchen — den 85. Geburtstag beging der Landwirt Peter Hennrich in Biesingen — ihren 87. Geburtstag beging die Witwe Elisabeth Staden geb. Becker in Elversberg — den 90. Geburtstag feierte in St. Wendel der Sattlermeister August Stroppel, ein Veteran aus den Feldzügen von 1866 und 1870/71, der am 5. September mit seiner 88jährigen Gattin das Fest der eisernen Hochzeit begeht — den 80. Geburtstag beging S. Hofmann in Fechingen. — Die goldene Hochzeit feierten: die Eheleute Johann Kranz in Merzig, denen aus diesem Anlaß eine Ehrenurkunde mit persönlicher Widmung vom Reichspräsidenten von Hindenburg übermittelt wurde — die Eheleute Matthias Klein im Alter von 76 und 70 Jahren in Hierscheid — der pensionierte Hüttenmeister Franz Dhonau und Frau Julianne Karoline geb. Mohr im Alter von 79 und 74 Jahren in Völklingen. —

✤

Arbeitsjubiläen: Der Hüttenarbeiter Keller in Ottenhausen feierte sein 50jähriges Arbeitsjubiläum im Dienste der Burbacher Hütte. — Der Leiter der Werkschule des Eisenwerkes in Neunkirchen, Ingenieur und Gewerbe-Oberlehrer Peter Kühn in Neunkirchen, feierte sein 40jähriges Dienstjubiläum — als Auszeichnung für alte Beamte, Angestellte und Arbeiter hat das Neunkirchner Eisenwerk eine Goldplakette mit Widmung eingeführt, die jetzt erstmalig an 19 Beamte und Angestellte, 29 Meister und 131 Arbeiter, sowie an 110 Pensionäre, die 25 Jahre und länger im Dienste stehen oder standen, als Anerkennung für treue Dienstleistung ausgeteilt wurden. —

*

* **Dr. Wilh. Wüllenweber †.** Der Heimgang dieses als Mensch und Arzt gleich hochgeschätzten Mitbürgers hat schon um dessentwillen stärste Anteilnahme ausgelöst, weil er im besten Mannesalter aus reicher fruchtbarer Arbeit und weitgespannten Hoffnungen herausgerissen wurde und als junger Arzt, der vielen Siechtum und toddrohende Krankheiten erfolgreich abgewehrt, selbst einem tückischen unheilbaren Krebsleiden zum Opfer fiel. Darüber hinaus aber stehen mit den hartgeprüften Angehörigen viele Freunde in allen Kreisen der Bürgschaft trauernd an dieser Bahre, denen es vergönnt war, im engeren Kreise tiefere Blicke in die allem Edlen und Schönen aufgeschlossene Seele dieses Mannes zu tun. Es gab kaum eine öffentliche Angelegenheit von Bedeutung, zu der dieser großzügige und als geborener und bodenständiger St. Johanner sich mitverantwortlich fühlende Mann nicht kritisch abwägend und klar und gerecht urteilend Stellung nahm. Dies gilt besonders von den künstlerischen Bestrebungen und Veranstaltungen im weitesten Sinne. Stadttheater, Symphonie- und Einzelkonzerte, Kunstausstellungen hatten kaum einen verständnisvolleren Besucher und Förderer im Freundeskreise, wie den Heimgegangenen. Was er mit seinem kultivierten Geschmack und sicherem Urteil als gut und wertvoll erkannte, dafür trat er bei jeder Gelegenheit mit Wort und Tat werbend und fördernd ein. Er liebte den Verkehr mit allen im heimischen Kunst- und Geistesleben irgendwie produktiv und anregend Tätigen und gab im freimütigen Gedankenaustausch mit ihnen manche treffenden Urteile und wertvollen Winke, die, oft ungemerkt, für die Allgemeinheit fruchtbar wurden. So wird die eigenartige Begabung und innerlich reiche Persönlichkeit des allzu früh Verblichenen auch nach seinem Tode in der Stille fruchtbringend fortwirken. Sein Andenken aber soll uns gesegnet sein.

(„Saarbr. Landes-Zeitung".)

*

Todesfälle: Saarbrücken.

Kaufmann Otto Brock, 47 Jahre; Postbeamter a. D. Valentin Kraeber, 63 Jahre; Hugo Nahl; Johann Woirgardt, 72 Jahre; Friedrich Heinrich Brandel, 82 Jahre; Friedrich Schersach, 86 Jahre; Frau Paula Köhl geb. Schmidt, 35 Jahre, Bahnmeister a. D. Adolf Friedrich Kuntz, 76 Jahre; Klara Waldura, 23 Jahre; Eduard Dinten, 60 Jahre; Frau Wwe. Gertrude Heintz geb. Jeanrond, 82 Jahre, Franz Jeanrond, 52 Jahre. Karl Prasch'l, 81 Jahre; Kaufmann Dietrich Reith, 37 Jahre; Frau Wwe. Th. Schroeder, Berta geb. Jung; Frau Luise Laudenklos geb. Blümer, 29 Jahre; Georg Will, 53 Jahre; Obertelegraphensekretär Friedrich Dorndorf, 57 Jahre; Frau Wwe. Elis. Zehren, 65 Jahre; Ferdinand Thomae sen., 78 Jahre; Fritz Hill, 29 Jahre; Frau Elisabeth Herz geb. Brenner, 32 Jahre; Frau Katharina Geibel geb. Schmidt, 82 Jahre; Frau Maria

Poitiers geb. Leibfried, 38 Jahre; Frau Lina Ruppert geb. Lauer, 43 Jahre; Dr. med. Wilhelm Wüllenweber, 42 Jahre; Josef Weirich, 56 Jahre; Schuhmachermeister Jakob Frank, 68 Jahre; Michel Ullmann, 68 Jahre; Max Ullmann, 44 Jahre; Lehrling Friedrich Otto Köpke; Metzgermeister Wilhelm Scholl; Strommeister i. R. Johann Schmitz, 78 Jahre; Wilhelmine Beuerle, 70 Jahre; Frau Wwe. Maria Potocnik geb. Herzl, 61 Jahre; Jakob Massing, 56 Jahre; Stellwerksmeister i. R. Ferdinand Hill, 63 Jahre; Eisenbahnwerkstätten-Vorsteher i. R. Johann Martin, 64 Jahre; Oberlokomotivführer Ludwig Diener, 57 Jahre; Frau Sofie Stephan Hebamme, 52 Jahre; Frau Wwe. Anna Gierst geb. Kiefer, 66 Jahre, Frau Rosa Würzinger, 61 Jahre. — Früher Saarbrücken, jetzt **Pertisan a. Achensee:** Dr. med. Friedrich Schubmehl; **Neurössen:** Frau Dorothea Dürrfeld geb. Kneip, 59 Jahre; **Berlin-Steglitz:** Regierungsrat i. R. Wilhelm Loeben, 73 Jahre. — **Brebach:** Matthias Scherer, 74 Jahre; Karl Giebel, 58 Jahre — **Scheidt:** Pensionär Theodor Grund, 61 Jahre. — **Bischmisheim:** pens. Maschinist Karl Diener, 53 Jahre. — **Güdingen:** Pensionär Heinrich Diener, 76 Jahre; Frau Maria Weißmüller geb. Zell, 61 Jahre. — **Bübingen:** Küster Jakob Maurer, 57 Jahre. — **Gersweiler:** Frau Maria Katharina Lauer geb. Schlosser, 40 Jahre. — **Fürstenhausen:** Peter Becker, 53 Jahre; Franz Hafner, 72 Jahre. — **Wehrden:** Frau Barbara Hautter geb. Schichtel, 25 Jahre; Schneidermeister Jakob Casper, 77 Jahre; Frau Maria Ballat geb. Reinert, 29 Jahre. — **Völklingen:** Frau Wwe Jakob Schwindt geb. Maul, 75 Jahre; Schlossermeister Georg Kurtz, 55 Jahre; Johann Schuwer, 86 Jahre. — **Ueberherrn:** Ludwig Paquet, 34 Jahre. — **Fenne:** Josef Geisler, 68 Jahre. — **Heusweiler:** Frau Wwe. Lina Neu geb. Schroer, 51 Jahre; Frau Wwe. August Schneider, Luise geb. Altpeter, 74 Jahre. — **Püttlingen:** Johann Ebert. — **Walpershofen:** Ludwig Bach, 70 Jahre. — **Lebach:** Bauunternehmer Friedrich Klein, 65 Jahre; Peter Raber, 24 Jahre. — **Jägersfreude:** Koch Heinrich Gottschall, 25 Jahre; Lehrer a D. Wilhelm Stumm, 75 Jahre; Peter Bergweiler, 50 Jahre; Frau Katharina Bickelmann geb Schneider, 35 Jahre. — **Herrensohr:** Josef Menzerath, 15 Jahre — **Dudweiler:** Otto Poller; Valentin Schneider, 51 Jahre; Karl Schaumlöffel; Frau Else Bauer geb Berndt 33 Jahre; Frau Luise Pitz geb Klein, 66 Jahre; Frau Sophie Nicolay geb. Auperle, 60 Jahre; Frau Wwe. Klara Jung-Lauck geb. Müller, 70 Jahre; Frau Wwe. Theobald Becker geb. Mannweiler, 75 Jahre; Frau Jakob Scheidt, verw. Klein, geb. Katharina Fries, 67 Jahre; pens. Bergmann Nikolaus Molter 3, 79 Jahre; pens. Bergmann Johann Krämer, 73 Jahre. — **Sulzbach:** Johann Reuter, 30 Jahre; Frau Heinrich May, Katharina geb. Mensch, 45 Jahre; Maschinenwärter Friedrich Baumüller, 53 Jahre; Frau Dorothea Plein geb. Nußbaum, 67 Jahre; Eisenbahnschlosser Johann Ochs, 58 Jahre. — **Heiligenwald:** Wilhelm Baltes, 55 Jahre — **Friedrichsthal:** Frau Wilhelm Blatt, verw. Michael Burrey, geb. Theresia Gabriel, 55 Jahre; Frau Berta Prinz geb. Schaller, 29 Jahre; Frau Pauline Bonem geb. Ickelheimer, 66 Jahre; Johann Reimertshofer, 57 Jahre. — **Bildstock:** Frau Ludwig Lenhard, Emma geb. Frey, 53 Jahre. — **Spiesen:** Bäckermeister Emil Bayer, 56 Jahre; Frau Wwe. Franz Joh. Kollmann geb. Bier, 71 Jahre. — **Elversberg:** Frau Wwe. Peter Zuck, Auguste geb. Keßler, 62 Jahre; Bernhard Weber, 34 Jahre. — **Hühnerfeld:** Frau Adolf Haas, Else geb. Spieler, 26 Jahre. — **Schiffweiler:** Josef Heinrich, 34 Jahre. — **Quierschied:** Rentner Nikolaus Bost, 68 Jahre. — **Neunkirchen:** Johanna Schöndorf, 22 Jahre; Frau Jakob Neufang geb. Anna Lindner, 63 Jahre; Jakob Röhlinger, 38 Jahre; staatl. Hegemeister i. R. Johann Künzer; Jakob Bund, 52 Jahre; Monika Zimmer, 21 Jahre; Frau Karoline Krauth geb. Georg, 25 Jahre; Frau Hebamme Lina Scheer geb. Reichrath, 80 Jahre; Frau Wwe. Peter Altmeyer, Margareta geb. Aprill, 70 Jahre; Willi Ernst Dilk, 18 Jahre; Frau Wwe. Amalie Kohlhaas geb. Dahlheimer, 77 Jahre; Frau Maria Schaus geb Philippi, 74 Jahre; Wäschemeister Ludwig Weidenhof, 50 Jahre; Frau Georg Renno geb. Brandstetter, 30 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Lydia John, 23 Jahre; pens. Bergmann Albert Jung, 29 Jahre; pens. Bergmann Jakob Gebhard, 38 Jahre; pens. Bergmann Adolf Bleymehl, 71 Jahre; pens. Eisenbahner Ludwig Heß, 60 Jahre; Oberwagenmeister i. R. Willibrord Wagner, 65 Jahre — **Schwalbach:** Frau Maria Pohl geb. Ziegler, 65 Jahre. — **Ottweiler:** Maria Charlotte Stauch 15 Jahre. — **Illingen:** Pfarrer i. R. Karl Eysser, 79 Jahre. — **Bous:** Peter Seidel, 70 Jahre. — **Dillingen:** Pensionär Peter Schmitt, 70 Jahre; Frau Angelika Zurhausen geb. Bretz, 40 Jahre; Bürovorsteher i. R. Carl Augustin, 85 Jahre. — **Pachten:** Frau Heinrich Gaspary geb. Klara Bingen, 30 Jahre. — **Beckingen:** Oberpostschaffner a. D. Peter Emmel, 68 Jahre. — **Bietzen:** Bergmann Michael Kolmen, 31 Jahre; Frau Nikolaus Latz, Anna geb. Tinnes, 68 Jahre. — **Hilbringen:** Christina Fritz, 59 Jahre. — **Diefflen:** Frau Regina Weiler geb. Loeb, 78 Jahre. — **Beaumarais:** Rosa Poß, 23 Jahre; Kaufmann Casimir Laurent, 72 Jahre — **Wadgassen:** Irene Fürst, 22 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Margaretha Hafner geb. Koby, 67 Jahre; Frau Wwe. Oskar Arnold geb. Martha Riedel, 51 Jahre; August Haberstock, 71 Jahre; Frau Wwe. Johann Schleich, Anna geb. Fritz, 74 Jahre; ehrw. Schwester M. Sapienta Weyand, 43 Jahre, Registrator Karl Bräuning, 67 Jahre. — **Fraulautern:** Mathilde Glatigny, 22 Jahre; Frau Johann Theobald geb. Loreng; Pensionär Jakob Hirtz, 78 Jahre. — **Merzig:** Hans Lauer, 27 Jahre; Rechtsanwalt Carl Nürnberg, 55 Jahre; pens. Fabrikarbeiter Matthias Biewer, 49 Jahre; Frau Wwe. Joh. Bapt. Heinz, Anna geb. Jung, 71 Jahre. — **Losheim:** Maria Krystkowiak, 25 Jahre; Angela Jakobs, 71 Jahre. — **Niederlosheim:** Jakob Meier-Beauthier, 71 Jahre. — **St. Ingbert:** städt Gartenmeister a. D. Johann Georg Greß, 67 Jahre; Heinrich Martin, 86 Jahre; Frau Charlotte Herrmann, 70 Jahre; Auguste Schnauber, 29 Jahre; Frl. Anna Schmitt 75 Jahre; Frau Amalie Weber geb. Oberkircher, 54 Jahre — **Ensheim:** Jakob Bischof, 76 Jahre. — **Homburg:** Landesbaurat Fr. Pack. — **Webenheim:** Altbürgermeister Wilhelm Schunck, 66 Jahre.

Vom „Bund der Saarvereine".

** **Die Württembergische Saarvereinigung,** Sitz Stuttgart, Landesgruppe des Bundes der Saar-Vereine, teilt uns mit, daß auf ihre frühere Anregung hin das Stadtschultheißenamt Ludwigsburg beschlossen hat, einer zukünftigen bedeutenden Verkehrsstraße die Bezeichnung „Saar-Straße" zu geben.

* **Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine.** Der Bund Königin Luise — Landesverband Groß-Berlin ladet die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin zu der am 18. September d. J. stattfindenden 2. Landesverbandstagung hierdurch herzlichst ein. Einer Kranzniederlegung am Denkmal der Königin Luise im Tiergarten und Mausoleum Charlottenburg schließt sich abends 7½ Uhr im Großen Saal des Krieger-Vereinshauses, Chausseestr. 94, die Hauptversammlung, in welcher die Landesverbandsführerin Groß-Berlin, Frau Mertha Blümner und die Bundesführerin, Frau Marie Netz, sowie verschiedene Gauführerinnen Ansprachen halten werden, an. Der Eintrittspreis beträgt 1,— RM. Karten sind zu haben bei Frau Elis. Borchart, Berlin W., Winterfeldtstr. 35.

** **Die Ortsgruppe Dortmund** unternahm in alläblicher Weise auch in diesem Jahre ihren Sommerausflug. Ungefähr 80 Landsleute mit Kindern nahmen teil. Es ging durch den Hain und den altehrwürdigen Rombergs-Park, in 1½stündiger Fußwanderung zum Restaurant „Erlenkrug" Dortmund-Kirchhörde. Dort angekommen, fanden die Kinder unserer Landsleute eine besonders gedeckte Tafel mit Kaffee und Kuchen vor. Mit brennenden Fackeln trat man dann den Heimweg unter Absingen von Saar- und Volksliedern an. Unter herrlichen Platanen des Rombergschen Parkes wurde kurz halt gemacht, wobei vom Vorsitzenden, Herrn K. Ost, in kurzen Worten der Saarheimat gedacht wurde. Seine Worte klangen aus in ein Hoch auf die Saarheimat. Nicht unerwähnt möchten wir lassen, daß sich die Frauen unserer Landsleute Gaerner und Pietz um die Veranstaltung verdient gemacht haben, weshalb ihnen an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

Briefkasten

J. B. in P. 5.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
B. Sch. in G. 5— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
B. in N. 3.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
Dr. E. R. in St. W. 6.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
A. M. in N. 4.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
O. K. in N. 4.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
A. K. in S. 2.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
N. B. in D. 5.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
A. Sch. in N. 6 RM mit herzlichstem Dank erhalten.
E. R. in B. 5.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
C. L. in G. 3.— RM. mit herzlichstem Dank erhalten.
K. L. G. in N. 1.50 RM. mit herzlichstem Dank erhalten.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW 11, Stresemannstraße 42, Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr 66536 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Posselt, Berlin-Wilmersdorf. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.

Empfehlenswerte Zeitungen des Saargebietes

Merziger Zeitung

80 Jahre

bedeuten 80 Jahre treue Mitarbeit am deutschen Heimatgedanken zum Wohle des Deutschtums an der Saar!

Sie ist
die älteste Zeitung im nördlichen Saargebiet

und **als Heimatblatt** für den Kreis Merzig und den Restkreis Wadern seit Jahrzehnten ein geschätzter Hausgenosse geworden.

Anzeigen haben daher nachweisbar vollen Erfolg!

Hauptgeschäftsstelle Merzig
Bahnhofstraße 34 / Fernruf 49

---

70 Jahre:

Saar-und Blieszeitung

Neunkirchen
Verlag C. A. Ohle
(Inh. P. Lietzenburger)

mit ihren 4 Tochterausgaben besitzt die S. B. Z. die größte Abonnenten-Auflage des Saargebietes, außerhalb Saarbrücken.

Das Blatt aller Kreise, besonders des zahlungsfähigen Bürgertums

---

Dillinger Anzeiger

Generalanzeiger für das gesamte nordwestliche Saargebiet
Druck und Verlag: Dillinger Buchdruckerei J. Emmerich
Dillingen, Saar

Einzige unabhängige Tageszeitung des Kreises Saarlouis u. der angrenzenden Gebiete. — In allen Schichten der Bevölkerung dicht verbreitet; daher unbedingter Erfolg aller Anzeigen

---

Bouser Zeitung

Wadgasser Volksbote

Verlag: Bouser Zeitung; Bous, Saar, Kaiserstraße 74.

Organ für die Bürgermeistereien Schwalbach und Differten. Kaufkräftiger Leserkreis — Weiteste Verbreitung — Gegebenes Insertionsorgan für das Verbreitungsgebiet.

St. Wendeler Volksblatt

Amtliches Kreisblatt des Kreises St. Wendel
Aelteste und stärkstverbreitete Tageszeitung
in St. Wendel Stadt und Land
51. Jahrgang

St. Wendel-Saar, Karlstraße 12

Tageblatt für das Sulzbach- und Fischbachthal

(Vereinigte: Friedrichsthal-Bildstocker Tageblatt, Quierschieder Zeitung, Merchweiler Zeitung und Fischbacher Volksblatt.)

Größtes und verbreitetstes Lokalblatt im Sulzbach- und Fischbachthal des Saar-Steinkohlengebietes.

Saar-Zeitung

Das Blatt des Kreises Saarlouis
Gegr. 1872

Dillinger Tageblatt

für Dillingen und Umgebung

Sulzbach-Saar

52 Jahre
Sulzbacher Volkszeitung

stets im Dienste des Deutschtums
und der heimischen Wirtschaft.
Verbreitetste Zeitung des Sulzbach- u. Fischbachtals
Erfolgreichstes Insertionsorgan
600 Francs Sterbebeihilfe
Geschäftsstelle: Sulzbach, Marktstraße 26
Fernruf 238

Lautzental-Glashütten,

G. m. b. H., St. Ingbert-Saar

Vereinigte Vopelius'sche und Wentzel'sche Glashütten,

G. m. b. H., Sulzbach-Saar

liefern Fensterglas durch
Vermittlung des

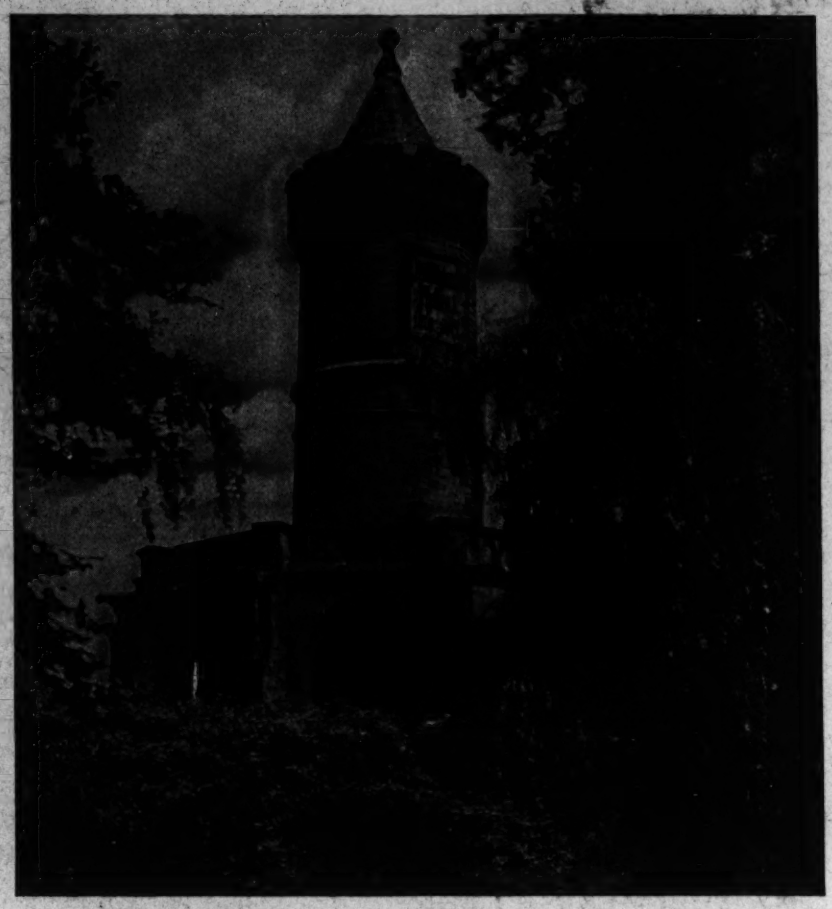
Vereins Deutscher Tafelglashütten,

G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Das
Werbesystem
Hannover
verbilligt und verbessert
die Lebensversicherung!

Preußischer Beamten-Verein zu Hannover
Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Vertragsanstalt vieler bedeutender Verbände und Firmen. Postanschrift: Hannover, Postschließfach Nummer 368. Gegründet 1875. Geschäftsgebiet: Das ganze Deutsche Reich. Niedrigste Beiträge! — Keine Nachschußverpflichtung! Jahresdividende 1929 bis zu 45,6 Prozent des Beitrages.



„Freiheitsglocken an Mosel und Rhein!
Wann läuten sie Dir, arm' Saarvögelein?
Dankesglocken der Treue am Rhein:
Helft alle mit, die Saar befrein!"

Fest-Nummer

zur

10. Tagung des Bundes der Saarvereine

am 5. und 6. Juli 1930 in Trier.

Einzelpreis 50 Pf.

Diese Ausgabe ist mit zahlreichen Bildern aus dem Saargebiet und aus Trier und Umgebung geschmückt und durch Mitarbeit führender politischer Persönlichkeiten besonders wertvoll ausgestaltet worden.

Bestellen Sie

bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW 11, Stresemannstr. 42.

Jeder Deutsche muß Mitglied des „Bundes der Saar-Vereine" sein!

Anmeldungen bei der
Geschäftsstelle
„Saar-Verein", Berlin SW 11
Stresemannstraße 42

als Einzelmitglieder oder bei den überaus zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches — —

Der Saarländer-Stammtisch in Berlin

findet nur noch **allmonatlich einmal, und zwar jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant „Zum Heidelberger", Friedrichstraße 143/49** (Parlamentzimmer) statt. Die nächste Zusammenkunft ist am **Mittwoch, den 10. September 1930, abends 8¼ Uhr.** Alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin, Freunde unserer Organisation und Saarländer, die sich vorübergehend in Berlin aufhalten, sind herzlichst eingeladen.

Inserieren Sie im Saar-Freund!

Sie werden Ihren Geschäftsumsatz vergrößern!

1/1 Seite	RM 190.-	RABATT bei mehrmaligem Erscheinen
1/2 Seite	RM 100.-	
1/4 Seite	RM 55.-	
1/8 Seite	RM 28.-	3 × = 10%
1/16 Seite	RM 14.-	6 × = 25%
1/32 Seite	RM 7.-	12 × = 33⅓%